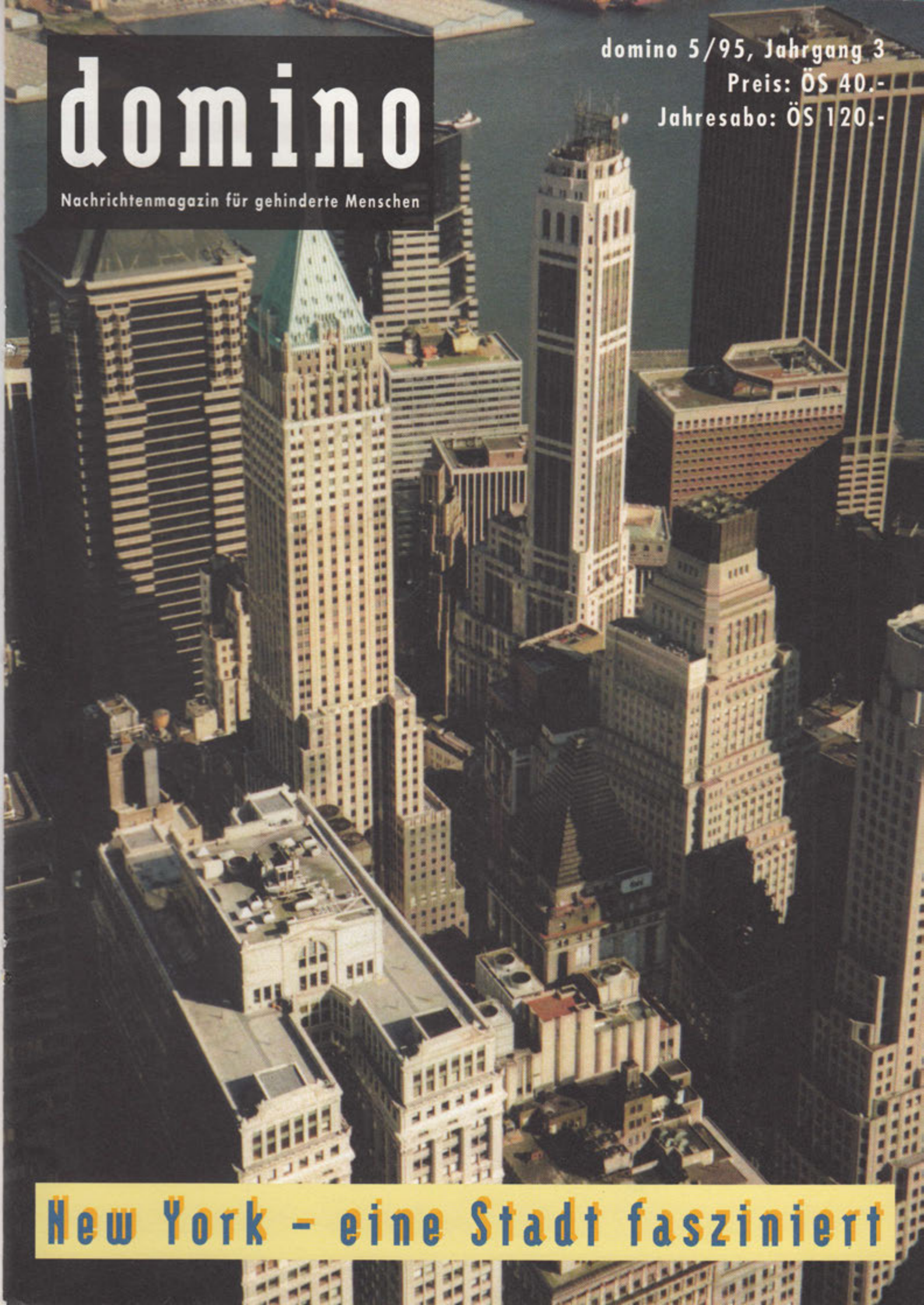
domino 5/95, Jahrgang 3
Preis: ÖS 40.-
Jahresabo: ÖS 120.-

domino

Nachrichtenmagazin für gehinderte Menschen



New York - eine Stadt fasziniert

Ich werde alles tun, damit behinderte Menschen zu ihrem Recht kommen.

Zum Beispiel durch bessere Voraussetzungen in den Schulen, durch bessere Chancen im Berufsleben, durch behindertengerechte Verkehrsmittel und öffentliche Gebäude.

Franz Vranitzky

SPÖ

SPÖ persönlich Tel.: 0660-71 51

Bezahlte Anzeige der SPÖ

Editorial

domino hat Sie nicht belogen. Versprochen haben wir, daß domino Mitte Dezember erscheint, und schauen Sie aufs Datum. Stimmt! Wir haben konkret etwas zugesagt und eingehalten. Wir hätten Sie auch dann nicht belogen, wenn wir Ihnen nichts zugesagt hätten. Insofern hat der blaue F-ler recht. Er hat uns wirklich nicht belogen. Und wenn er doch einmal die Unwahrheit sagt, dann sind die Informationen falsch, die er bekommen hat. „Politische Hehlerei" bezeichnet Dr. Heide Schmidt, Chefin des Liberalen Forums, diese Art von Informationspolitik. Österreichs kleinwüchsige Männer stehen im Mittelpunkt seines Wahlkampfes. Er fühlt sich als Schutzpatron des kleines Mannes. Frauen werden mal wieder diskriminiert. Gott sei dank bin ich in diesem Fall über 180 cm. Er beschützt mich nicht.
Weiters haben wir behauptet, die ÖVP hätte endlich ein klares Programm. Stimmt auch! „Mit klarer Position in die Zukunft!" präsentieren sich die schwarzen Gewerkschafter im Wahlkampf zu ihrer Personalvertretungswahl. In der Tat sind ihre Vorstellungen klar. „Pro Sonderschule" – Integration hat in ihren konservativen Köpfen „Grenzen". Und sie haben echte Sorgen: „Grenzenlose Integration gefährdet die Rahmenbedingungen in der Allgemeinen Sonderschule!" heißt es in einem Flugblatt der Schwarzen. Jetzt könnte domino ihnen Weitblick unterstellen und meinen, auch die Konservativen hätten erkannt, daß es sich bei der Allgemeinen Sonderschule um ein Auslaufmodell handelt. Weit gefehlt! „Schwer geistig behinderte Menschen erfahren die beste Förderung in der Allgemeinen Sonderschule", ist auf besagtem Flugblatt weiterzulesen. Jetzt könnte man ihnen nur noch Informationsdefizit attestieren. Aber das wäre naiv! Diese Lehrervertreter wissen genau, was sie wollen. Selektion und Aussonderung heißt ihre pädagogische Formel. Wider jede wissenschaftliche Erkenntnis!
Gedeckt werden die pädagogischen Geisterfahrer von der Unterrichtsministerin. Diese wiederum findet ihren Rückhalt in der ÖVP. Damit schließt sich der Kreis. Viele Menschen haben zunächst nicht gewußt, was der „Mascherl-Mann" gemeint hat, als er eine Sozialgarantie abgegeben hat. Doch nachdem die ÖVP die Valorisierung des Pflegegeldes abgelehnt hat, läßt sich leicht deuten, was damit gemeint war. Der „Möchtegern-Kanzler" ist ein Garant für konsequenten Sozialabbau.

Konservative LeserInnen, die hoffentlich auch domino hat, werden jetzt spitz bemerken, daß wir über die ÖVP anders geschrieben hätten, wenn sie inseriert hätte. Stimmt! Aber wenn sie inseriert hätte, wäre ihre Politik auch eine andere. Auch hier schließt sich wieder der Kreis.

Mehr zur Wahl 1995 erfahren Sie in unserem Word-Rap. Wir haben alle BehindertensprecherInnen der Parlamentsparteien vor das Mikrophon gebeten, um die Behindertenpolitik ihrer Partei in Stichworten zu skizzieren. Hervorzuheben ist die ehrliche Aussage Guggenbergers zur Valorisierung des Pflegegeldes. Die SPÖ hat zwar auch gegen die Valorisierung gestimmt, aber zumindest hat Guggenberger dazu gestanden. Es stimmt, daß es schon weit kommen mußte, wenn wir die Ehrlichkeit von Politikern hervorheben.

Nun zu weiteren Themen in diesem Heft. Erwin Riess berichtet in einem Interview über New York und seine Behindertenpolitik. Franz-Josef Huainigg reichert dieses Thema mit Reisetips an. Natürlich darf Groll nicht fehlen. Auf der REHA 95 hat sich H. Günter Heiden für uns umgeschaut. Silvia Oechsner berichtet, wie Frauen den Gleichheitsgrundsatz revolutionieren, und Martin Ladstätter erklärt die Peer-Counseling-Methode. Schließlich berichtet Petra Flieger noch über internationale Dokumente. Ein buntes, vielfältiges Heft liegt vor Ihnen. Zuallerletzt eine persönliche Empfehlung für den 17. Dezember. Schützen wir die Demokratie vor Experimenten und verursachen wir keinen sozialen Kahlschlag.

Andreas Oechsner
verantwortlicher Redakteur

Liebe Leserinnen und Leser!

BRIEFE

Interessant und mutig

Ich freue mich, Ihnen als Redakteur und Frau Mag. Flieger für Ihre sehr interessante und mutige Zeitschrift danken zu dürfen.

Ihre Artikel über die Gehörlosen zeugten von großem Verständnis für unsere Situation, was sicherlich in intensiver Beschäftigung mit unseren Anliegen erarbeitet wurde. Die Thematik wurde sehr offen und kritisch behandelt.

Ich darf Ihnen nochmals herzlichst zu dieser informativen und gewagten Zeitschrift gratulieren und wünsche Ihnen weiterhin guten Erfolg für Ihren Kampf gegen die Diskriminierung und für die Menschenrechte aller gehinderten Menschen, insbesondere der sinnesbehinderten, und verbleibe mit den besten Wünschen zu den bevorstehenden Feiertagen und für das kommende Jahr mit freudlichen Grüßen

Prof. Peter Dimmel, Präsident des Österreichischen Gehörlosenbundes

Sozial-Service

Mit der Einrichtung einer Sozial – Servicestelle hat die OÖ Gebietskrankenkasse in der Betreuung ihrer Kunden einen neuen Weg eingeschlagen. Sie unterhält Kontakte zu den Pensionsversicherungsanstalten in Linz, zur Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, zu den Wohlfahrtsämtern, dem Amt der oö. Landesregierung, dem Bundessozialamt OÖ, dem Arbeitsmarktservice, der Arbeiterkammer, dem ÖGB, der Linzer Volkshilfe (Altenbetreuung und Hauskrankenpflege), dem BBRZ Linz und zu allen im Gesundheitsbereich tätigen Selbsthilfegruppen. Die Sozial-Servicestelle koordiniert zwischen diesen Institutionen, stellt Kontakte her und versucht, für alle rat- und hilfesuchenden Menschen eine optimale Betreuung zu erreichen.

Tel. 0732/7807/2605 DW

OÖ GKK
FORUM GESUNDHEIT

Gesundheit ist unser Beitrag

Betrifft: Diskriminierungsverbot – Ausgabe Nr. 4/1995

An die Redaktion

Ich begrüße es, daß die Redaktion von „domino" ihr jüngstes Heft dem Thema der Nichtdiskriminierung gewidmet – und dabei unter anderem die europäische Perspektive ausgeleuchtet – hat. Es ist wichtig für die Kommission zu wissen, daß Ihr Engagement für die Chancengleichheit behinderter BürgerInnen in der Union in der nationalen Presse der Mitgliedsstaaten ein Echo findet.

Zu den von der Kommission im kommenden Jahr geplanten Maßnahmen gehört unter anderem die Vorlage einer Empfehlung zur praktischen Durchführung der von der UN-Generalversammlung 1993 angenommenen Regeln über die Chancengleichheit für behinderte Menschen. Dies entspricht den im Weißbuch über die Zukunft europäischer Sozialpolitik enthaltenen Vorschlag, das Prinzip der Chancengleichheit in alle EU-Maßnahmen einzubinden und „ein geeignetes Instrument zur Unterstützung der UNO-Mindestvorschriften" zu erarbeiten. Des weiteren plant die Kommission die Einsetzung eines Europäischen Behindertenforums – als beratendes Organ – mit erweiterter Zuständigkeit. Schließlich will sich die Kommission dafür stark machen, daß bei der anstehenden Überarbeitung der Verträge über die Europäische Union ein besonderer Hinweis auf die Bekämpfung von Diskriminierung aus verschiedenen Gründen – einschließlich Behinderung – aufgenommen wird.

Gerne würden wir im kommenden Jahr in Ihrer Zeitschrift ausführlicher über diese Themen berichten – und bei der Gelegenheit auch zu einigen von Herrn Horst Frehe in seinem Artikel („Europa – eine Chance?") angeführten Punkten Stellung nehmen.

Bernhard Webrens
Europäische Kommission
Leiter der Abteilung
„Eingliederung behinderter Menschen"

Ferien auf dem Bauernhof

Behinderten- und rollstuhlgerecht...

... ist das neue Nichtraucher-Ferienhaus am Bauernhof der Familie Sieder in NÖ Mostviertel ausgestattet. Geräumige 58 m² mit allem Komfort in ruhiger Grünlage und der Höchstnote „Vier Blumen" ausgezeichnet. Hofeigene Produkte, kellerfrischer Most, viele Ausflugsziele: Wachau, Ötscherland, Eisenstraße.

Familie Sieder, Waasen 1, A-3281 Oberndorf, Tel. 07483 / 441

Anzeige

Foto: Franz Joseph Huainigg

New York – eine Stadt fasziniert

New York ist anders. Jeder ist dort ein Ausländer. Jeder ist sein Mikrokosmos. Aus diesem Grund fallen behinderte Menschen überhaupt nicht auf. Erwin Riess tauchte in diese Stadt ein und ist fasziniert. Seine Eindrücke gibt er in einem Interview wieder.
Franz Joseph Huainigg war ebenfalls dort, er gibt uns wichtige Reisetips. Auch Mister Groll from Austria hat sich in der Metropole umgeschaut und macht sich über die Identität Gedanken...

6-12

28

Wohnen
Montag, Mittwoch und Freitag sind wir verabredet

31

Peer Counseling
Was das ist und wie´s geht.

Coverfoto: Dagmar Schuberth

Inhalt Dez. 1995

Editorial 3

Reaktionen 4

Schwerpunkt:
New York – eine Stadt fasziniert 6
Reisetips für die Stadt der relativierten Normalität 12

Vom Flughafen in die City 14

Reha 95 – Düsseldorf 16

Ausland:
Norwegen – vom Recht auf ein selbstbestimmtes Leben 17

Die Ansichten des OGH 20

News 22

domino Wordrap – 5 PolitikerInnen, 11 Stichworte, 5 Minuten 24

25 Jahre Geschützte Wohnplätze 27

Montag, Mittwoch und Freitag sind wir verabredet 28

Adressenservice 30

Peer Counseling 31

Internationale Dokumente 34

Serie Gleichstellung:
Frauen revolutionieren Gleichheitssatz 36
Die Zeit der Almosen und Gnadenakte ist vorbei 38
News 39

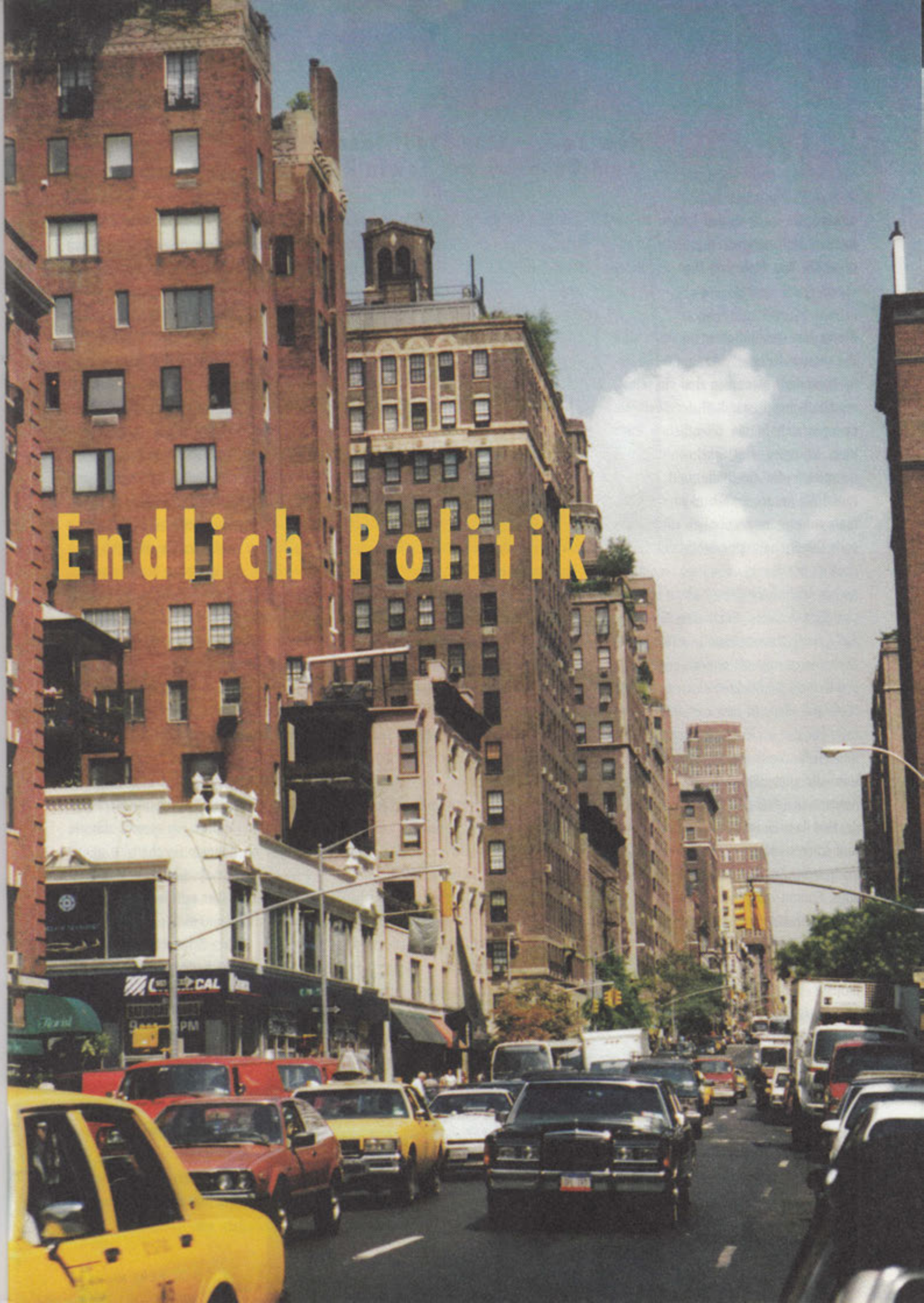
Groll 40

Foto: Petra Flieger

New York

[the big]

„Das erstaunlichste für mich sind die Reaktionen der New Yorker auf behinderte Menschen."


Endlich Politik

New York – eine Stadt fasziniert
ein Gespräch mit Erwin Riess

domino: Du warst in den letzten Jahren mehrere Male in New York, zuletzt im August '95. Was fasziniert Dich an dieser Stadt?

Riess: Das erstaunlichste für mich sind Reaktionen der New Yorker auf Behinderte. Behinderte Menschen sind ein selbstverständlicher Bestandteil der Stadt, sie bewegen sich frei in öffentlichen Räumen, benützen die Verkehrsmittel, frequentieren die Geschäfte und Restaurants. Wo immer man hinkommt, stößt man auf eine ungewöhnlich rücksichtsvolle Gesellschaft, eine umfassend höfliche Freundlichkeit, wie ich sie nirgendwo anders erlebt habe. New York ist eine erstaunlich höfliche Stadt. Die Tatsache, daß viele Nationalitäten miteinander auskommen müssen, hat den gegenseitigen Respekt der Stadtbewohner in hohem Maße gefördert. In New York ist beinahe jeder für den anderen ein Fremder, und wenn jeder fremd ist, dann wird Fremdsein alltäglich. Folglich sind auch Behinderte in dieser Stadt alltägliche Fremde. Und da man Fremden aufgeschlossen und interessiert begegnet, erfreuen sich auch behinderte Menschen dieses Vorzugs. Kommt man in ein Geschäft, rollt man in ein Lokal, wird man nicht angestarrt, sondern man sieht sich freundlich lächelndem Personal gegenüber, und es handelt sich nicht um ein gequältes Lächeln für Touristen. Wenn ein Busfahrer der New Yorker Verkehrsbetriebe einen Rollstuhlfahrer mitnimmt, dann dauert das rund zwei Minuten; er schaltet den Motor ab, zieht den Zündschlüssel aus dem Startschloß, geht in den rückwärtigen Bereich des Busses, schaltet die Hebeplattform ein, diese senkt sich auf das Gehsteigniveau – ohne einen Zentimeter Unterschied! –, du wirst gehoben, der Rollstuhl wird mittels einer Metallklaue befestigt, der Fahrer schaltet die Plattform aus, erkundigt sich nach der erwünschten Ausstiegsstelle und geht wieder zum Führerstand. Und während der ganzen Prozedur erlebst du keinen ungeduldigen Blick, kein unwilliges Räuspern der Fahrgäste, sondern freundliche und interessiert beobachtende Mitreisende. Ich habe auf meinen Busfahrten den Eindruck gewonnen, daß nicht nur die Chauffeure, sondern auch die meisten Fahrgäste stolz darauf sind, daß ihre Stadt diesen Service offeriert. Hinzufügen möchte ich, daß alle New Yorker Busse – ohne Ausnahme! – mit Hebeplattformen ausgerüstet sind, und daß Rollstuhlfahrer prinzipiell gratis fahren. Letzteres gilt übrigens auch für die Fähren.

domino: Wie ist so etwas möglich?

Riess: Vor rund zehn Jahren, in einer Phase absoluter Finanzknappheit, hat sich die Stadtverwaltung unter dem Druck der Behindertenverbände bereit erklärt, alle Busse mit Hebeplattformen zu versehen. Die Independent Living Bewegung hat den Stadtvätern durch kluge und beharrliche Öffentlichkeitsarbeit nicht nur klargemacht, daß behinderte Menschen ein Recht auf Teilhabe an der Stadt haben, sie erklärte den Verantwortlichen auch, daß die Adaptierung kein notwendiges Übel, sondern ein zivilisatorischer Fortschritt sei. Dazu muß man sagen, daß in New York zwar ein dichtes U-Bahnnetz existiert, es aber nur relativ wenig Aufzüge an Verkehrsknotenpunkten gibt. Die Subway ist für Rollstuhlfahrer also nur bedingt verwendbar. Immerhin kann man mit der Subway aber nach Coney Island fahren. Dort, am Atlantik, erwartet einen die schönste Holzrampe der westlichen Hemisphäre. Da jeder Bus für Rollstuhlfahrer benützbar ist, kann man sich völlig frei im gesamten Stadtgebiet bewegen, und das gilt für Staten Island ebenso wie für die Bronx, Harlem oder die Upper West Side. Busfahren in New York, ein unvergleichliches Erlebnis! Einen guten Rat gebe ich potentiellen Busfahrern aber mit: Wenn ihr im Sommer fahrt, zieht euch warm an, die Klimaanlagen versetzen euch ins winterliche Waldviertel. Und nehmt euch, wenn ihr größere Strecken bewältigen müßt, etwas zu essen und zu trinken mit. In der Rush hour muß man für die zehn Kilometer von der Südspitze Manhattans bis zum Guggenheim Museum – der Traum jedes Rollstuhlfahrers, ein Museum, das um eine Rampe gebaut ist – gute zwei Stunden veranschlagen.

domino: Und du hast nie schlechte Erfahrungen im Bus gemacht?

Riess: Doch. Im Tribeca-Distrikt widerfuhr mir folgendes: Ein junger Mann sitzt mir gegenüber, ich spreche ihn an, weil ich nach einem Geschäft für nautische Karten Ausschau halte, er antwortet nicht, deutet aber mit den Händen. Ich wende mich enttäuscht ab. Da macht mich ein älterer Schwarzer darauf aufmerksam, daß ich einen Gehörbehinderten angesprochen hatte. Ich habe mich sofort entschuldigt, aber als ich in mein Apartment kam, verzichtete ich darauf, mich in den Spiegel zu schauen.

domino: Sonst ist Dir auf Deinen Busfahrten nichts Schlimmes widerfahren?

Riess: Das reicht doch, oder kannst Du Dir eine größere Blamage vorstellen?

domino: Kaum. Ich meinte aber: Bist du nie sitzen geblieben?

Riess: Im Gegensatz zu Wien und vielen deutschen Städten wirst du als Rollstuhlfahrer nie stranden. Ich kenne keine andere Stadt, die mich und meinesgleichen so selbstverständlich aufnimmt. Es ist am Anfang fast erschreckend, daß man in New York keine, auch nicht die kleinste Sensation darstellt. Es ist dieses Erlebnis, das mich vor allen anderen Attraktionen New Yorks für diese Stadt so einnimmt.

Foto: Renate Holubek

domino: Was können wir von der amerikanischen Behindertenbewegung lernen?

Riess: Zweierlei. Zum einen ist das Antidiskriminierungsgesetz, das heuer fünf Jahre alt wurde und mit einem formidablen Marsch zehntausender Behinderter und Sympathisanten auf der Madison Avenue gefeiert wurde, das Um und Auf der amerikanischen Behindertenpolitik. Ein gleichwertiges Gesetzeswerk für Österreich sollte das vordringlichste Ziel für uns sein. Zum anderen habe ich in New York gesehen, daß die Behinderten sich dort nicht für den Nabel der Welt halten, eine Haltung, die bei unsereins aber noch immer weit verbreitet ist und von unserer und der Rückständigkeit der Verhältnisse zeugt, die uns umgeben. Die amerikanischen Behindertenverbände gehen nicht davon aus, daß die Gesellschaft etwas an den behinderten Menschen gutzumachen hat. Sie fordern die gleichen Rechte, das ist alles. Und weil sich die Behinderten in Amerika selber als gleichwertig empfinden, haben sie es nicht nötig, pausenlos ‚Skandal' und ‚Menschenrechtsverletzung' zu schreien, sondern sie haben gelernt, klug und illusionslos mit der Politik und den Medien umzugehen. Radikale Aktionen zum Beispiel werden nicht inflationär eingesetzt, sondern dort, wo es nicht anders geht, wird gut vorbereitet zur Tat geschritten, und dann stehen wirklich alle Räder still, nicht nur die der Rollstühle. Umgekehrt erschöpft sich die Politik der Behindertenverbände nicht in spektakulären Aktionen, sondern sie besteht überwiegend in einer beharrlichen und kompetenten Detailarbeit. So lernt die Politik und die Verwaltung Behinderte nicht nur als überdrehte Skandalfritzen kennen, sondern als Partner in einem längerfristigen Prozeß, und das ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Solange wir nicht alles selber in der Hand haben, müssen wir eben unsere nichtbehinderten Gegenüber erziehen, und das mit allen Mitteln, die die moderne Pädagogik anbietet.

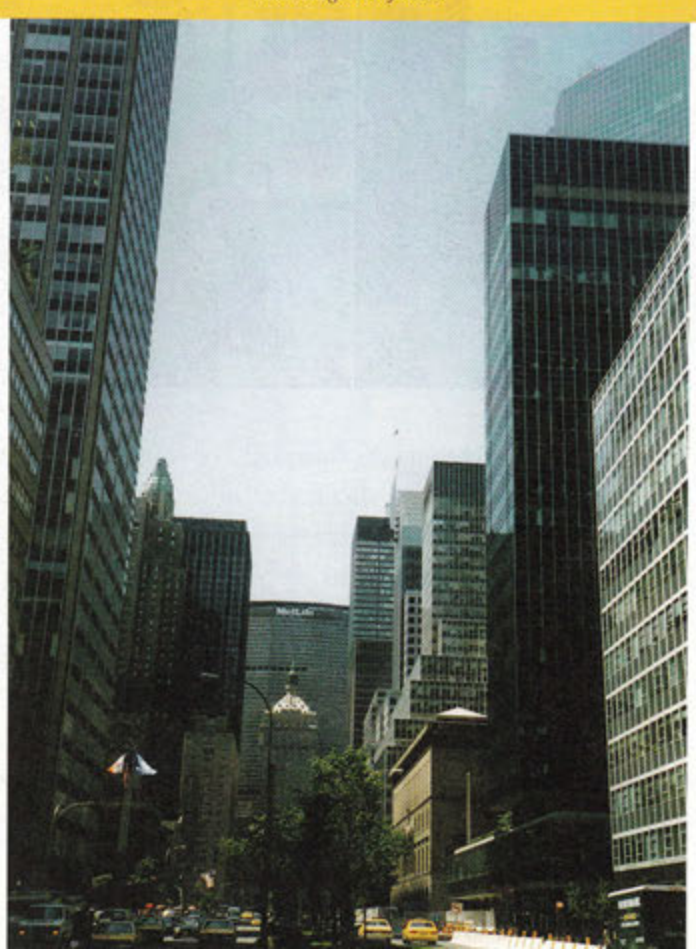


Foto: Angelika Jensen

domino: Wie ist die amerikanische Behindertenbewegung organisiert?

Riess: Erstaunlicherweise ähnlich wie in Österreich. Das heißt, es gibt Dachverbände und es gibt Anlaufstellen beim Staat, bei den Bundesstaaten, bei den Kommunen. Es ist also nicht so, wie man vielleicht glauben könnte, daß eine zu allem entschlossene Behindertengue-

rilla der Politik gegenübersteht und Stein für Stein aus dem Fels des reaktionären Staates herausschlägt, sondern es findet ein permanenter Prozeß zwischen Behindertenverbänden und Independent Living Gruppen auf der einen Seite und staatlichen Stellen auf der anderen statt. Politik für Menschen mit speziellen Bedürfnissen ist in den USA keine Sensation mehr.

domino: Ist die amerikanische Behindertenbewegung weiter als wir?

Riess: Wenn man mit einem historischen Vergleich spricht, könnte man sagen, daß amerikanische Behindertenbewegung auf einem republikanischen Niveau stattfindet, während unsere in weiten Bereichen feudalistische Züge trägt. In Wien ist sie überhaupt byzantinisch, da ersetzen Beziehungen Gesetze. Die amerikanische Behindertenbewegung versteht sich als eine gleichwertige Gruppe der Gesellschaft, die spezielle Bedürfnisse artikuliert und umsetzt. Auf diesem Weg wird auch die allgemeine Realverfassung der Gesellschaft verbessert. Die österreichische Behindertenbewegung hingegen begreift sich als eine unterlegene Gruppe, die ihr mangelndes Selbstbewußtsein in allgemein gehaltene Anklagen kleidet und daher nur wenig erreicht. Die behinderten US-Bürger begreifen sich zumindest als Marktteilnehmer, demgegenüber sehen sich viele österreichische Behinderte eher in der Rolle eines politischen Schoßhundes, der mit Küchenabfällen gefüttert wird, wenn er knurrt, und der gestreichelt und bemitleidet wird, wenn er sich einbildet, die Eroberung des Opernballs sei das eigentliche Ziel aller Behindertenpolitik. Die amerikanische Behindertenbewegung macht Politik, sie unterbreitet Angebote und stellt Sanktionen in Aussicht, wenn Gesetze verletzt werden. Die österreichische macht Stimmung, sie stößt wüste Verunglimpfungen aus und verweigert sich einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit. Und wenn sie nicht mehr weiter kann, ertönt der lächerliche Schlachtruf „Menschenrechtsverletzung", als lebten wir nicht in einer Gesellschaft, die auf der fortgesetzten Verletzung von Menschenrechten aufbaut. Die amerikanische Behindertenbewegung versteht die Politik und nützt sie für ihre Ziele. Die österreichische weiß nicht einmal, was Politik ist.

Foto: Dagmar Schubertb

Foto links: Petra Flieger

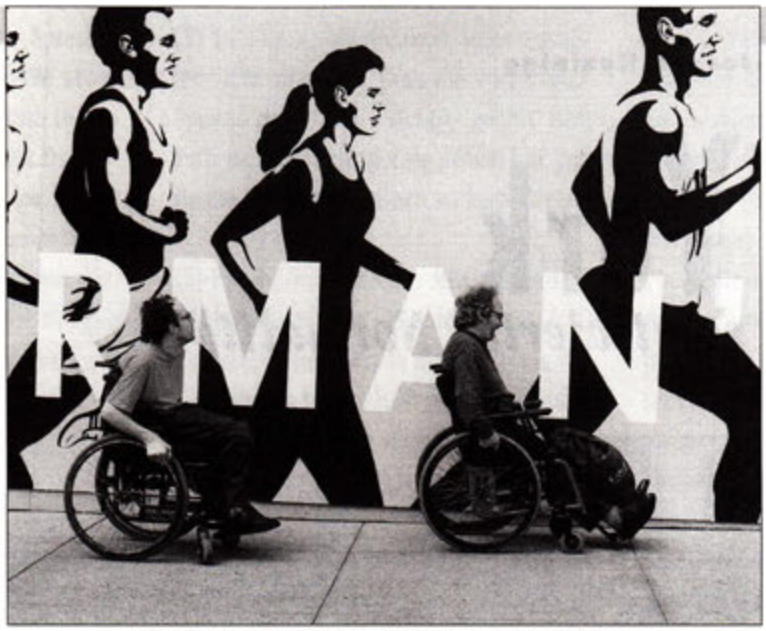
Foto rechts: Renate Holubek

domino: Ein leidenschaftliches und, wie mir scheint, auch teilweise ungerechtes Urteil.

Riess: Ich bin ein Teil der österreichischen Behindertenbewegung.

domino: Welches Fazit ziehst Du, wenn Du New York mit Österreich vergleichst?

Riess: In New York gibt es ein gut organisiertes Büro für Behindertenfragen beim Bürgermeister. Die Telefongesellschaften sind gezwungen, auf die Bedürfnisse behinderter Teilnehmer einzugehen, die Bau- und Gewerbeordnung hat dafür gesorgt, daß in New York ein Großteil der Geschäfte durch Rampen oder Hebeplattformen zugänglich sind. Natürlich gibt es auch in New York noch jede Menge zu tun, von der Sanierung der Gehsteige, die teilweise in katastrophalem Zu-



New York, wie es leibt und lebt; Foto: Monika Haider

stand sind, bis zur Einebnung der Berge im Central Park. Solange wir aber in allen wesentlichen Fragen hinterherhinken – und zwar im eigentlichen Sinne des Wortes – solange kann ich jedem von uns nur empfehlen, nach New York zu fahren und die Augen aufzusperren. Und ich erwarte, daß jeder, der hinfährt, von seinen Erfahrungen berichtet, denn auch das gehört zu den Defiziten der österreichischen Behindertenpolitik: Wissen und Informationen werden monopolisiert und gehütet. Behindertenpolitiker, die die Chance haben, sich vor Ort über den Stand in anderen Ländern zu informieren, sind verpflichtet, ihr Wissen an die zuhause Gebliebenen weiterzugeben. Wer von behindertengerechten Wohnungen, Apartments und Hotels erfährt, soll das Wissen gefälligst weitergeben. Überhaupt gilt: Wer glaubt, etwas zu wissen, was für behinderte Kollegen und Kolleginnen interessant sein müßte, der soll reden! Eines Tages werden dann auch wir Politik machen.

Erwin Riess, geb. 1957, Rollstuhlfahrer, Studium der Politik- und Theaterwissenschaft, 1984 – 1994 wissenschaftlicher Referent für barrierefreies Bauen im Wirtschaftministerium, seit 1994 freier Schriftsteller.

Das Interview führte Andreas Oechsner

ÖAF GRÄF & STIFT | STEYR Trucks | MAN

Niederflur - Midibusse von Gräf & Stift

- Umweltfreundlich
- Fahrgastfreundlich
- Gehindertenfreundlich

ÖAF & STEYR Nutzfahrzeuge OHG
1230 Wien, Brunner Straße 44
Fax.: 0222/ 86325 DW 779
Tel.: 0222/ 86325 DW 727

Buchhandlung

Pädagogischer Buchversand

1080 Wien - Strozzigasse 14
Tel. 0222 / 408 11 20

Die Fachbuchhandlung für Eltern, Kinder und Lehrer:
- **Freiarbeits-Materialien**
- **Alles über und von MONTESSORI**
- **Fachliteratur zu allen Therapiebereichen der Verlage**
  BELTZ
  GOLLWITZ
  PAUL HAUPT
  HANS HUBER
  MARHOLD
  MODERNES LERNEN
  E. REINHARDT
  SCHINDELE u.v.a
- **Kinder- u. Jugendbuchabteilung**

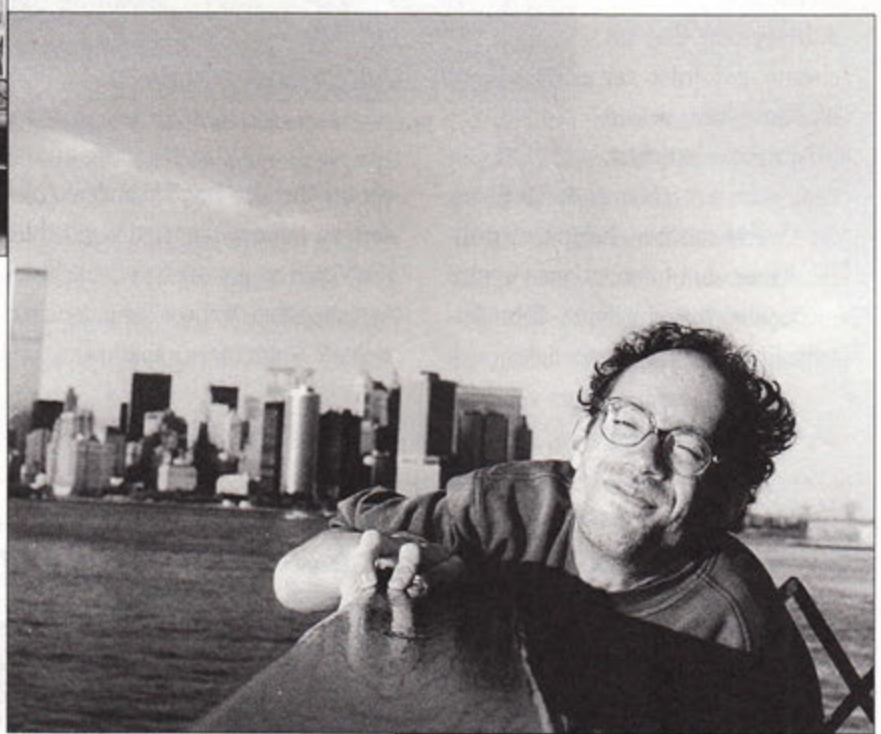
Reisetips von Franz-Joseph Huainigg

New York

Die Stadt der relativierten Normalität

Fotos links von Monika Haider

großes Bild: Renate Holubek



Tip 1: Wenn Rollis fliegen lernen – muß der Insasse mit!

Abflughalle Wien Schwechat, frühmorgens in einer langen Eincheckschlange. Nach einer halben Stunde sind wir endlich wirklich an der Reihe. Die Koffer werden mit einer Plakette versehen und verschwinden auf einem Förderband. Der Rollstuhl soll gleich mit. „Moment!", rufe ich und bin plötzlich richtig munter, „mein Rollstuhl reist mit mir. Ich möchte bis zuletzt in ihm sitzen. Er soll als letztes ins Flugzeug verladen werden und dann als erster bei der Ankunft entladen werden. Ich brauche ihn ja beim Umsteigen in London. Und außerdem bin ich dann sicher, daß er wirklich mitreist. Man hat ja schon von vielen Fällen gehört ..." – „Das geht nicht", meint der Mann freundlich lächelnd. Ich erwidere das Lächeln: „Doch das muß gehen!" – Der Mann etwas ungeduldiger: „Geben Sie den Rollstuhl mit Ihrem Koffer auf. Er geht sicher mit nach New York. Ich garantiere das. Wenn etwas schiefgeht, kön-

Der Koffer kommt einen Tag später nach. Ein Zustand, der verschmerzbar ist.

Foto: Monika Haider

nen S' wieder herkommen, mich im Kreis drehen und abwatschen!" Ich bestehe trotzdem auf meine Variante. Der Rollstuhl geht nicht mit dem Gepäck mit, sondern begleitet mich.
Ankunft in New York. Ich halte auf dem Förderband vergeblich Ausschau nach meinem Koffer. Bei der Information erfahre ich, daß er in Wien zurückgeblieben ist. Ich atme auf, daß ich meinen Rollstuhl bei mir habe. Der Koffer kommt einen Tag später nach. Ein Zustand der verschmerzbar ist. Wäre der Rollstuhl nicht mitgegangen, wäre das eine mittlere Katastrophe gewesen. Denn ohne meinen Rolli bin ichs nicht!

Tip 2: Wer relativierte Normalität kennenlernen will – ist in New York gut aufgehoben!

Wir wohnen feudal, da zentral und uns nur in diesem Hotel Behindertengerechtheit vom Reiseveranstalter zugesichert worden war. Das Schwimmbad ist im 9. Stock. Unser Zimmer im 20. Ein Blick aus dem Fenster ist überwältigend, vor allem für jemanden, der sonst nur im Erdgeschoß wohnt. Aber nach einigen Tagen werden solche Blicke zur Normalität. Wer aus dem 110. Stockwerk des World Trade Centers geblickt hat, für den wirkt das 20. Stockwerk wie ein Blick aus dem Kellerfenster.
Ein erster Spaziergang ist angesagt. Wir rollen zum Central Park. Als Rollstuhlfahrer werden wir nicht sonderlich beachtet. Um den Park wird fleißig gejoggt. Schwarzenegger ist jedoch nicht dabei. Aus dem Park kommt uns ein Mann entgegen, der auf dem Kopf einen lebenden Leguan trägt. Wir starren den Mann wie österreichische Schulbusse an. Ein anderer Mann meint beim Vorbeigehen lächelnd: „Welcome to New York!"

Tip 3: Auch die Gültigkeit des besten Antidiskriminierungsgesetzes endet im 110. Stock

Perspektive von der Straße: Beeindruckend, wie groß so ein Gebäude sein kann. Perspektive aus dem110. und letzten Stockwerk: Wahnsinn, wie klein die Welt doch ist. Perspektive auf dem Weg zur Dachterrasse: Wie kleinkariert doch die Amis sind!

Ich entschließe mich, noch einen Blick von der Dachterrasse zu machen. Ein Lift wird gesucht, aber nicht gefunden. Dafür bietet sich eine Rolltreppe an. Nicht optimal. Aber mit Hilfe kein Problem. Mit Renate und Monika geht es die erste Rolltreppe hoch. Dann ein Zwischenstockwerk. Ein amerikanischer Wachmann sieht uns und ist entsetzt: „How can you do this!" Er versteht die Welt nicht mehr. Wir erklären, daß wir in Wien immer Rolltreppen fahren und bestehen darauf, daß wir mit der anderen Rolltreppe ganz nach oben auf die Dachterrasse fahren wollen. Der Wachmann schüttelt den Kopf. Er muß mit seinem Vorgesetzten telefonieren. Wir warten. Der Vorgesetzte kommt, weiß auch keinen Rat. Wir bestehen darauf, nach oben zu wollen und berufen uns auf das amerikanische Antidiskriminierungsgesetz. Der Vorgesetzte wird ein wenig verlegen und beginnt wieder zu telefonieren. Diesmal mit seinem Vorgesetzten. Wie die Beamten in Österreich, denke ich. Unser Protest hat keinen Sinn. Wir werden nach unten gebracht und fühlen uns diskriminiert – und das trotz Gesetz! Drängt sich die Frage auf, ob so etwas auch in Österreich passieren wird können, wenn wir in ferner Zukunft einmal unser Antidiskriminierungsgesetz haben? Wohl kaum, denn wir haben kein 110stöckiges Gebäude.

Tip 4: Wer Behinderte sucht, muß nicht in die Ferne schweifen

Behinderte prägen das Stadtbild von New York nicht. Hie und da ein Rollstuhlfahrer, der uns scheppernd eine Spendenbüchse entgegenhält. In einem Park treffen wir einen jungen Mann im Rollstuhl. Was ihm passiert ist, fragen wir ihn. Die Adern sind geplatzt, beginnt er zu erzählen. Wohl eine Überdosis, konstatieren wir ihm. Ob er regen Kontakt mit seinem Independent Living Center hat, ist unsere nächste Frage. Er: „Ja, dahin wende ich mich, wenn ich einen neuen Rollstuhl brauche". Im übrigen hält er meinen und Volkers Rolli für zu altmodisch, zu europäisch. In New York ist eben alles größer, besser, toller.

Tip 5: Wer dringend auf die Toilette muß – besuche New York

Die meisten Lokale und alle öffentlichen Einrichtungen haben eigene Rollstuhl-WCs. Wir testeten reichlich. Besondere Empfehlung: Das WC in der University of style (Fashion Street). Dort bietet sich dem Gast ein großes, wohlriechendes, in Marmor gehaltenes Rollstuhl-WC.

Tip 6: Das Rampenmuseum

Das Guggenheimmuseum ist für Rollstuhlfahrer unbedingt einen Besuch wert: Schneckenförmig gebaut, ist die Bildergalerie an einer einzigen, sich drehenden Rampe angeordnet. Man fährt mit dem Lift nach oben und düst dann an den Bildern vorbei ohne Unterbrechung ins Erdgeschoß. Von dort begibt man sich natürlich erneut in den Lift und dreht noch eine Runde.

Auf nach New York!

Vom Flughafen in die City

Auch im E-Rollstuhl?

Text & Foto von Petra Flieger

Jan löst sein Versprechen ein. Zu Weihnachten besucht er mich in Wien. Wir haben einander vor zwei Jahren in Amsterdam kennengelernt, damals hat er mich viel in seiner Heimatstadt herumgeführt. Nun bin ich an der Reihe, ihm meine Lieblingsplätze in Wien zu zeigen.

Da ich selbst kein Auto besitze, werden wir mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein. Zum Glück wohne ich zentral im 3. Bezirk, nur 15 Gehminuten vom Stephansplatz entfernt. Das wird uns sehr zugute kommen, denn Jan benützt einen elektrischen Rollstuhl. Da Jan nach Wien fliegen wird, beginne ich mir bald den Kopf darüber zu zerbrechen, wie wir vom Flughafen Wien-Schwechat in den 3. Bezirk kommen werden. Ich klemme mich also hinter das Telefon und frage bei den verschiedenen Fahrtendiensten in Wien nach deren Tarifen für eine Fahrt zum Flughafen. Abgesehen von den an sich gesalzenen Preisen sind darüber hinaus die Unterschiede zwischen den einzelnen Anbietern gewaltig – Klauda&Brunsteiner verlangen immerhin gerade die Hälfte dessen, was einem Rollstuhlfahrer bei Eiseler&Löffler für eine einfache Fahrt vom Flughafen ins Zentrum abgeknöpft wird. Zum Glück, denke ich mir, habe ich Marktforschung betrieben und kann für meinen Gast den günstigsten Fahrtendienst bestellen.

Heiße 34.– Schilling statt Apothekenpreise Durch Zufall entdecke ich zur selben Zeit einen neuen Lift, der in der Ankunftshalle des Flughafens eingebaut worden ist und, wie sich herausstellt, direkt auf den Bahnsteig der Schnellbahn führt – dem öffentlichen Zubringer von

der Wiener City zum Flughafen. Kaum zu fassen, schießt es mir in den Kopf, wenn die Stationen Wien Mitte und Flughafen-Schwechat mit Hubliften ausgerüstet wären, könnten wir den Weg mit öffentlichen Verkehrsmitteln um heiße 34.– Schilling erledigen!

domino lesen spart Geld

Fahrtendienst	Tel. Nr.	Preis
Eiseler&Löffler	0 22 2 / 25 85 880	800.– Schilling
Kreutzer	0 22 2 / 408 61 67	600.– Schilling
Haas	0 22 2 / 27 7 00	550.– Schilling
Waka	0 22 2 / 332 55 42	500.– Schilling
ÖHTB	0 22 2 / 604 34 59	510.– Schilling
Klauda&Brunsteiner	0 22 2 / 602 76 00	420.– Schilling
ÖBB		34.– Schilling

Fahrdienstleitungen ÖBB Tel. Wien Mitte: 0222 / 58 00 / 35 754
Tel. Schwechat: 0222 / 707 83 88 / 25

Stand: Sept. 95

Überall warten eifrige ÖBB-Bedienstete Um dies praktisch zu erproben, gehe ich in Begleitung eines Freundes, der wie Jan einen E-Rollstuhl benützt, in der Station Wien Mitte mit der S-Bahn auf die Reise Richtung Flughafen. Überall warten eifrige ÖBB-Bedienstete, die interessiert die Technik der Hublifte erforschen. In Schwechat sind wir angeblich die ersten, die ihn in Anspruch nehmen. Aber, wie uns gesagt wird, gibt es den Aufzug von der Ankunftshalle zum Bahnsteig erst seit zwei Monaten, davor war dieser für RollstuhlfahrerInnen nicht zugänglich. Bei der Hinfahrt können wir bequem in einer modernen Garnitur Platz nehmen, bei der ein Einstiegsbereich umgebaut und rollstuhlzugänglich ist. Bei der Rückfahrt erwischen wir zur Schande der ÖBB eine alte Garnitur, bei der die Rampe des Hublifts nur in die Tür des Gepäckwagens paßt. Die 30minütige Fahrt im Gepäcksraum ist zwar für uns witzig, die ÖBB sollten sich allerdings schleunigst dahinterklemmen, auf allen Strecken rollstuhlzugängliche Garnituren einzusetzen – oder wenigstens im Fahrplan ausweisen, welche Züge mit solchen ausgestattet sind.

Seltsam ist außerdem, daß meine Entdeckung des Lifts dem puren Zufall zu verdanken war – warum haben die ÖBB darauf nicht durch Werbung in einschlägigen Medien aufmerksam gemacht?

Wie auch immer, Jan wird sich freuen, einen Großteil seines Reisebudgets nicht schon für die Anfahrt verplanen zu müssen.

Die neuen Niederflur-Gelenkbusse der ESG durchkreuzen die City und machen das Einsteigen auch für ältere Semester, behinderte Personen und Mütter mit Kleinkindern wesentlich leichter. Ob mit sperrigem Kinderwagen, mit Rollstuhl oder vollbepackt mit Taschen. Im Superbus der ESG findet jeder komfortabel Platz. Ab jetzt heißt's 1. Klasse zum Normaltarif!

Zukunft. Einsteigen bitte.

ESG Verkehr

Ratschläge für den Umgang mit „unbehinderten" Menschen

Sei allen zutiefst dankbar für ihre Hilfe ...

Damit, daß Ihr uns nicht „Krüppel" nennt, ist's nicht getan.
Laßt uns statt Worten Taten sehen.

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren"

AUVA

Eine „Wunschliste" zur Darstellung behinderter Menschen und ihrer Anliegen in den Medien senden wir Ihnen gerne zu.
1200 Wien, Adalbert-Stifter-Straße 65, Postfach 200 / HIB.

REHA 95 – Düsseldorf

von H. Günter Heiden

Nach vier Tagen Gedränge ging am 28. Oktober die REHA-Messe in Düsseldorf zu Ende. Und wie 1993 kann die „Nr. 1 – weltweit" auch 1995 mit neuen Steigerungsraten aufwarten: 57.100 BesucherInnen aus 52 Ländern – direkt Betroffene machten etwa ein Drittel aus – informierten sich an den Ständen von 730 Unternehmen aus 22 Ländern.

Trotz Messehektik gönnt er sich ein wenig Ruhe oder wartet er etwa auf den Pendeldienst?
Foto: Messe Düsseldorf

Wo viel Licht ist...

Ein Besucherplus von 20 Prozent, das den Veranstaltern an den ersten Messetagen aber arge Probleme bescherte: die Pendelbusse, die die behinderten BesucherInnen vom weit abgelegenen Parkplatz zur Messe bringen sollten, waren chronisch überlastet. Mehrstündige Wartezeiten waren keine Ausnahme.

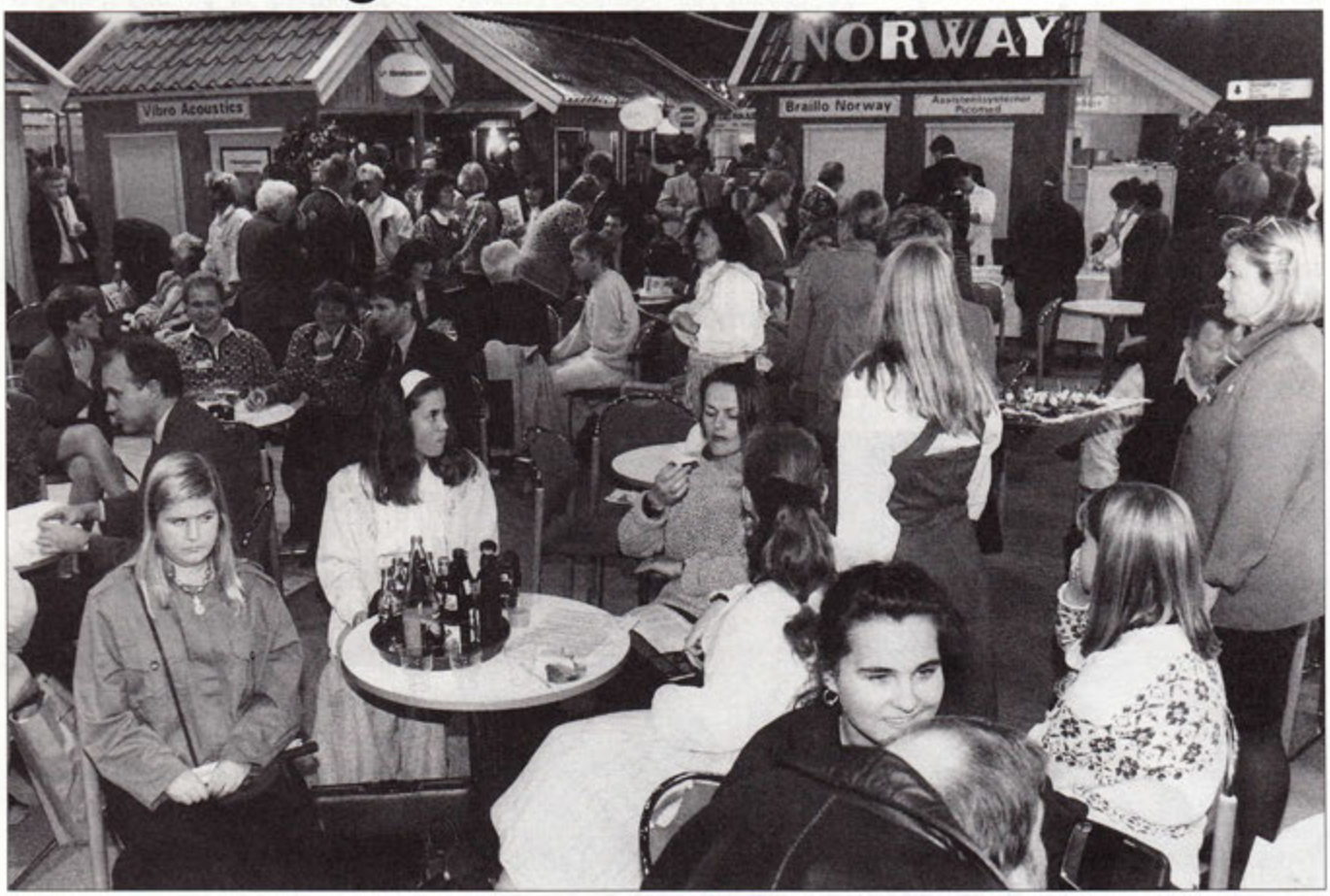
Natürliche Folge des Andrangs: Es gab wieder zu wenige Rolli-Toiletten, dazu schlecht ausgeschildert, teilweise nicht abschließbar oder mit zu steilen Rampen. Ein krasser Widerspruch also von den präsentierten chromblitzenden Hilfsmitteln zur Besucherrealität. Vom Status der „Könige" sind die Kunden also noch weit entfernt. Doch ist der Zug in diese Richtung – mit all seinen negativen Begleiterscheinungen – nicht aufzuhalten: Leicht bekleidete Mädchen wurden zunehmend als Blickfang für technische Produkte eingesetzt. Der Preis der Normalisierung?

Stichwort Technik: Präsentiert wurden von den Ausstellern nur wenige Neuheiten, vorwiegend für blinde bzw. sehgeschädigte Menschen: eine Videobrille mit drei kleinen, eingebauten Kameras, ein sprechender Blutzuckermesser, ein Textlesesystem mit menschlicher Stimme und ein satellitengestütztes Navigationssystem für fremde Städte. Im Bereich Mobilität beeindruckte der „Pflegeprofi", ein Gerät, mit dem sich bettlägrige Menschen selbst drehen können.
Gut gestaltet auch die Sonderschau der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, die die Möglichkeiten barrierefreien Bauens mit realen Zimmern darstellte. Was an Hilfsmitteln aber fehlte, waren Lösungen für Arm- und Beingeschädigte bzw. Hilfsmittel für behinderte Eltern im Alltag mit ihrem Kind.

Weitere gute REHA-Programmpunkte: Das Forum zur Diskussion über das neue Pflegegesetz oder die Auswirkungen der Verfassungsergänzung, der Gemeinschaftsstand des Partnerlandes Norwegen, die Sonderschau „Behinderte im Beruf", das Sportcenter und das 2. internationale Kunstfestival in der leider etwas abgelegenen Halle 15.

Da bald Weihnachten ist, wollen wir der REHA für 1997 schon jetzt auf den Wunschzettel schreiben: GebärdendolmetscherInnen für die Eröffnungsveranstaltung und ein Umbauprogramm für barrierefreie Toiletten in allen Messehallen. Ferner muß die Hotellerie in Düsseldorf endlich ausreichend zugängliche Zimmer für behinderte MessebesucherInnen bereitstellen! Natürlich darf es auch nicht mehr zu größeren Wartezeiten beim Pendeldienst vom Parkplatz zur Halle kommen.

Norwegen



Volles Haus auf dem Stand von Norwegen auf der REHA 95; Foto: Messe Düsseldorf

Vom Recht auf ein selbstbestimmtes Leben

von H. Günter Heiden

Wenn hier in Düsseldorf an allen Gaststätten ein Schild hinge mit der Aufschrift „Pakistani bitte den Hintereingang benutzen!", dann wäre der Proteststurm in der Öffentlichkeit gewaltig. Über die Tatsache aber, daß Menschen im Rollstuhl über 80 % der Gebäude nicht über den normalen Eingang benutzen können, regt sich keiner auf."

Mit diesen provokanten Worten beginnt Ole Jacob Frich, seines Zeichens Staatssekretär im norwegischen Sozialministerium, eine Veranstaltung im REHA-Begleitprogramm über selbstbestimmtes Leben in Norwegen. Der domino-Reporter wird hellhörig. Solche Worte im Munde eines hochrangigen Politikers haben in Österreich und Deutschland Seltenheitswert.

Und Frich fährt in einer Weise fort, daß man glauben möchte, einen „independent-living-Aktivisten" reden zu hören. Mit einfachen Zahlen macht er klar, daß – statistisch gesehen – jede Person 14 Jahre im Laufe ihres Lebens behindert ist. Eine neue Politik, eine Politik für alle, sei also erforderlich. Jeder Mensch habe das Recht zu wählen, wie er/sie leben wolle und das Recht darauf, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies hänge aber weniger von dem Ausmaß der individuellen Beeinträchtigung ab, sondern

im wesentlichen Umfang sei dies abhängig von der Gestaltung der Umgebung. Gut gebrüllt, Ole Jacob! Nun laß uns Taten sehen!

Kein Problem, sagt Ole Jacob. Norwegen habe für seine 780.000 behinderten StaatsbürgerInnen keine Verfassungsergänzung, kein besonderes Gleichstellungsgesetz, wie es eins in den USA gibt, auch im Baugesetz werden keine besonderen Personengruppen erwähnt, Norwegen habe einen Aktionsplan, genauer genommen schon den zweiten. Der erste Plan ging von 1990-93, der zweite setzt – in Ergänzung zum System der sozialen Sicherung – die Maßnahmen bis 1997 fort. Erklärtes Ziel ist die „gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und umfassende Gleichstellung". Auf den ersten Seiten dieses Planes, den die Regierung übrigens gleichzeitig in Normalschrift-Norwegisch, Braille, Großdruck, auf Cassette und in Englisch herausgegeben hat, findet man eine Definition von Behinderung, die fremd für unsere Ohren klingt:
„Behinderung ist die Diskrepanz zwischen den Fähigkeiten eines Individuums und den Funktionen, die ihm von der Gesellschaft abverlangt werden. Dies bezieht sich auf alle Gebiete, die wesentlich für die Selbstbestimmung und für ein Leben in der Gemeinschaft sind." Der Perspektivenwechsel in der Sichtweise von Behinderung, der bei uns noch in den Kinderschuhen steckt, ist in Norwegen also bereits auf Regierungspapier gedruckt. Doch hören wir uns weiter an, was der Staatssekretär denn nun konkret zu diesem Aktionsplan sagt.

Fußgängerüberweg für rollende und blinde Menschen in Lillehammer; Foto: Chris Stiksrud

Wenn hier in Düsseldorf an allen Gaststätten ein Schild hinge mit der Aufschrift „Pakistani bitte den Hintereingang benutzen!", dann wäre der Proteststurm in der Öffentlichkeit gewaltig."
Ole Jacob Frich

Der Plan umfaßt insgesamt 90 Maßnahmen mit 300 Teilprojekten, die die Geschäftsbereiche von 10 einzelnen Ministerien umfassen. Ole Jacob ist der Koordinator des Staatssekretärsausschuß, der die Durchführung der Maßnahmen überwacht. Der Ausschuß läßt sich von drei Hauptprinzipien leiten:

1. Die Gesellschaft muß nicht-behindernd gemacht werden.

2. Die Beteiligung der NutzerInnen muß bei allen Maßnahmen gesichert sein.

3. Eine nicht-behindernde Gesellschaft muß zugänglich auf allen Ebenen sein; räumlich, öffentliche Information, öffentlicher Verkehr, Kultur, Ernährung etc.

Einige ausgewählte Maßnahmen aus dem Regierungsprogramm sind:

- Entwicklung und Erprobung eines Modells zur selbstorganisierten persönlichen Assistenz.

Ausland

- Schulung zur aktiven Teilnahme und zur NutzerInnenbeteiligung im öffentlichen Leben in Zusammenarbeit mit den Behindertenorganisationen.

- Einrichtung von Gebärdendolmetscherzentralen für taube und taubblinde Personen. Die Gebärdensprache ist in Norwegen übrigens in gleicher Weise wie andere Sprachen akzeptiert.

- Bauliche Umrüstung von Städten und Gemeingen, z.B. in Lillehammer „Stadt für alle" oder in der Provinz Nordland „Reisen und Erholung für alle".

- Ein Projekt, das selbstbestimmtes Leben außerhalb von Einrichtungen ausprobieren soll.

Diese Maßnahmen sind jeweils mit konkreten Summen ausgestattet, da man allein mit gutem Willen keine konkreten Fortschritte erreichen kann. Insgesamt wurden 1994 (verteilt auf die Ministerien) etwa 78 Millionen Norwegische Kronen angesetzt, das entspricht 17 Mio. DEM bzw. 120 Mio. ATS.

Fazit der Veranstaltung: Anscheinend wird in Norwegen eine moderne Behindertenpolitik betrieben, die zum einen den einzelnen Menschen dient, zum anderen aber auch begriffen hat, daß für alle bauen, planen und organisieren auch ökonomisch ist. Der domino-Reporter jedenfalls hat beschlossen, im nächsten Jahr nach Norwegen zu reisen und die Worte von Ole Jacob auf den Prüfstand zu stellen.

Wer den kostenlosen Plan unter dem Namen „The Government´s Plan of Action for The Disabled 1994-1997. Norway" bestellen will, kann dies unter folgender Adresse tun:

Publications Division,
P.O. Box 8169
Dep., Oslo, Norway,
Telefax: 0047 / 22 34 27 86

H. Günther Heiden ist Journalist und lebt in Berlin; Foto: Archiv

Die *Ansichten*

§ des Obersten Gerichtshofes

Zwei Wannenbäder pro Woche von jeweils 25 Minuten sind genug!

von Silva Oechsner

Das Bundespflegegeldgesetz und die dazu gehörende Einstufungsverordnung sind nun seit gut zwei Jahren in Kraft. Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat in dieser Zeit eine ansehnliche Zahl an Urteilen zu diesen Bestimmungen gefällt, was eher für die Unzufriedenheit der Pflegegeldbezieher spricht.
Diese Unzufriedenheit der Betroffenen wird eher noch durch die Rechtsprechung des OGH verstärkt. Nachfolgend eine kurze Übersicht:

Grundsätzlicher Bedarf

Pflegegeld steht dann zu, wenn die Ursache des Anspruches als Dauerzustand anzusehen ist und zwar auch dann, wenn die Pflege nicht mindestens sechs Monate pro Jahr benötigt wird. Bei der Berechnung für die Stundenanzahl müssen jedoch diese Stunden auf das ganze Jahr aufgeteilt werden.

Beispiel:

Stützstrümpfe müssen bei einer Frau während der Sommermonate, also 5 Monate pro Jahr angelegt werden. Dieses Anlegen dauert 2 x 10 Minuten pro Tag, summiert auf 5 Monate gibt das 50 Stunden pro Jahr. Bei der Berechnung der Stundenzahl sind 4 Stunden pro Monat zu berücksichtigen (OGH 28.6.1994, 10 ObS 139/94).

Berechnung nach Richtwerten

Die Einstufungsverordnung legt folgende Richtwerte pro Tag fest:

An- und Auskleiden:	2 x 20 Minuten
Reinigung bei Inkontinenten:	4 x 10 Minuten
Anus-praeter-Pflege:	15 Minuten
Kanülen-Pflege:	10 Minuten
Katheter-Pflege:	10 Minuten

Der OGH läßt hier Abweichungen nach oben und nach unten zu. So hat er entschieden, daß der Zeitaufwand für die Hilfe beim Aus- und Ankleiden bei einer Frau mit schmerzhaften Bewegungseinschränkungen der Schultergelenke nur 2 x 5 Minuten pro Tag zu betragen hat (OGH 28.6.1994, 10 ObS 105/94).

Berechnung nach Mindestwerten

Die Einstufungsverordnung legt folgende Mindestwerte pro Tag fest:

Tägliche Körperpflege:	2 x 25 Minuten
Zubereitung von Mahlzeiten:	1 Stunde
Einnehmen von Mahlzeiten:	1 Stunde
Verrichtung der Notdurft:	4 x 15 Minuten

Eine Überschreitung dieser Mindestzeit ist nur dann zulässig, wenn der tatsächliche Betreuungsaufwand diese Mindestwerte erheblich überschreitet. Dazu ist allerdings festzustellen, daß der OGH für eine dem allgemeinen Standard angemessene Lebensführung nur einmal täglich die Einnahme einer gekochten warmen Mahlzeit für erforderlich hält (OGH 18.10.1994, 10 ObS 201/1994). Pflegebedarf für zwei warme Mahlzeiten kann nur bei medizinischen Gründen geltend gemacht werden.

Unter die tägliche Körperpflege fällt laut OGH die gründliche Reinigung des Körpers. Neben der täglichen Körperpflege kann gemäß der Einstufungsverordnung noch die sonstige Körperpflege geltend gemacht werden. Der OGH gesteht unter diesem Titel zwei Wannenbäder pro Woche mit einem Zeitaufwand von jeweils 25 Minuten zu. In dieser Zeit ist dann auch die Kopfwäsche und die Pediküre zu erledigen (OGH 2.9.1994, 10 ObS 169/94).

Berechnung nach fixen Zeitwerten Die Einstufungsverordnung legt für jede Hilfsverrichtung einen Zeitwert von 10 Stunden pro Monat fest. Hilfsverrichtungen sind die Herbeischaffung von Nahrungsmitteln und Medikamenten, die Reinigung der Wohnung und der persönlichen Gebrauchsgegenstände, die Pflege der Leib- und Bettwäsche, die Beheizung des Wohnraumes einschließlich der Herbeischaffung von Heizmaterial

und die Mobilitätshilfe im weiteren Sinn. Der OGH lehnt jede Herab- oder Hinaufsetzung dieser fixen Zeitwerte ausdrücklich ab (OGH 20.9.1994, 10 ObS 170/94). Das Pflegegeld hat nach Ansicht der führenden Juristen lediglich den Zweck, pflegebedingte Mehraufwendungen pauschaliert abzugelten.

Allgemeines

Der OGH hat in einer Entscheidung klargestellt, daß Wegzeiten der Hilfsperson bei der Ermittlung des Pflegebedarfes nach Richtwerten nicht zu berücksichtigen ist (OGH 28.6.1994, 10 ObS 128/1994). Dies gilt wohl auch bei der Ermittlung des Pflegebedarfes nach Mindestwerten. Insgesamt ist festzustellen, daß der OGH immer nur von den Bedürfnissen eines Durchschnittsmenschen ausgeht. Welche Bedürfnisse ein pflegebedürftiger Durchschnittsmensch hat, legt der OGH großteils nach eigenem Gutdünken fest.

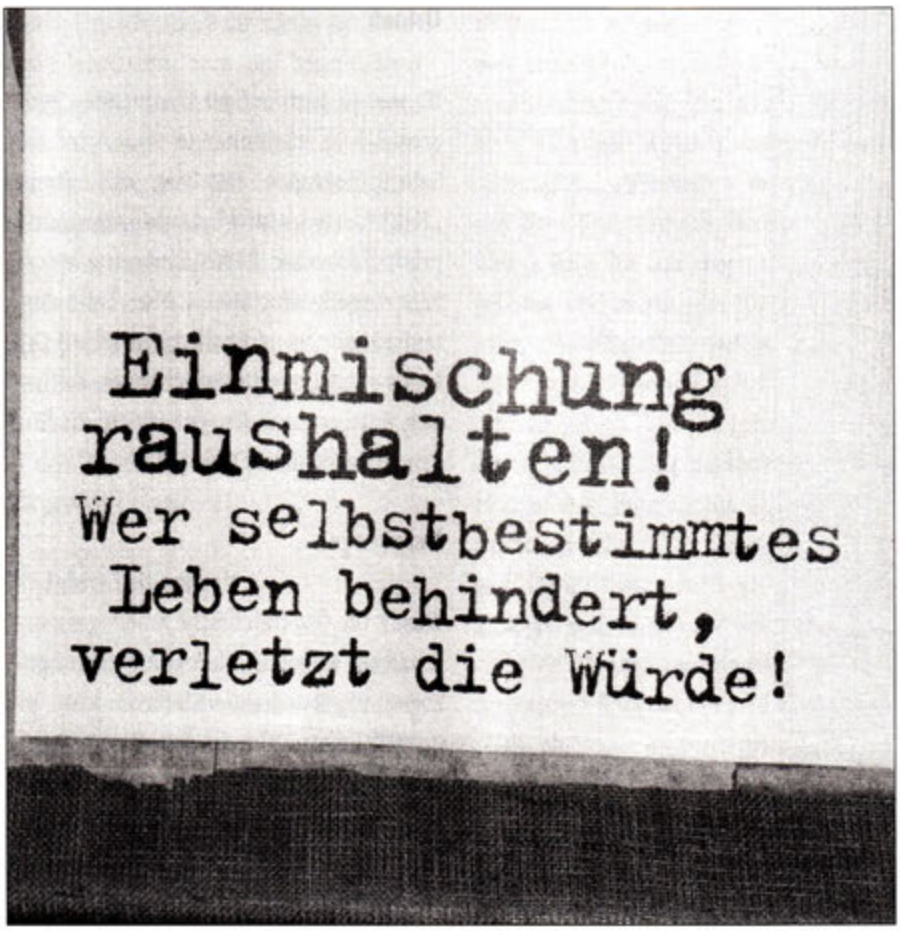


Foto: Andreas Oechsner

Integration
statt
Frühpension.

Es gibt genug Platz für Stühle und Rollstühle. Gerade der Arbeitsmarkt steckt voller Möglichkeiten für behinderte Menschen. Und die moderne Technik öffnet ständig neue Wege: Der Computer für Blinde, das Telefon für Gehörlose sind bereits Realität. Jetzt geht es darum, Vorurteile abzubauen. Und Behinderte voll zu akzeptieren. Integration statt Frühpension und Abschieb-Arbeitsplätze – ein Gewinn für alle. Auch wirtschaftlich.

I N I H R E M I N T E R E S S E.

AK Oberösterreich

Urlaub

Hartberg / Auch auf der kommenden Ferienmesse 96 im Jänner in Wien wird die Selbsthilfegruppe Hartberg mit ihrem „Behinderten-Aktiv-Urlaubsprogramm" präsent sein. Leo Pürrer und seine MitarbeiterInnen informieren über behindertenfreundliche und rollstuhlgerechte Urlaubs- und Freizeitmöglichkeiten im Bezirk Hartberg und Ost-Österreich. Zu finden ist der Stand 22104 in Halle 22.

Umgezogen

Wien / Die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR) ist umgezogen. Die ÖAR residiert jetzt am Ring, in unmittelbarer Nähe des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Jetzt können wichtige Forderungen auf dem Weg ins Ministerium nicht mehr verlorengehen. domino berichtete.
Adresse:
Stubenring 2,
A- 1010 Wien,
Tel.: 0222 / 513 15 33,
Fax 0222/ 513 15 33 - 150

Gesprächsforum Mobilität

Linz / Die Selbstbestimmt-Leben-Initiative (SLI) Linz lud Anfang Oktober dieses Jahres zum ersten Gesprächsforum „Mobilität für behinderte Menschen" ein. Der Einladung gefolgt waren der Vorstandsdirektor der Linzer Verkehrsbetriebe, Dipl. Ing. Walter Rathberger, sowie Mag. Christian Wagner vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), der den Sonderfahrdienst in Linz durchführt. Über 25 behinderte Menschen zeigten durch ihre Anwesenheit großes Interesse an diesem Thema.

Ein detailliertes Grundlagenpapier, das eine Auflistung des derzeitigen Standes beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und beim Behindertenfahrdienst sowie die Forderungen der SLI-Linz enthielt, bildete die Grundlage des Gespräches. Die Forderungen wurden durch kurze Statements unterstrichen. Eine Benützerin des ÖPNVs – in Linz fahren Niederflurbusse mit auflegbarer Rampe – und eine Kundin des Linzer „Behindertenfahrdienstes" berichteten über ihre Erfahrungen. Es ging bei den Statements auch um die grundsätzliche Frage: „Mo-

Buchbinderei
Eva Flieger
[die etwas andere Buchbinderei]

- Wir binden für Sie Diplomarbeiten und Dissertationen
- Wir reparieren Ihre alten Bücher
- Wir fertigen Mappen und Schachteln nach Ihren Vorstellungen an
- Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns ein Fax!

Buchbinderei Eva Flieger
Ungargasse 15
A-1030 Wien
Tel.: 0222/712 42 43
Fax: 0222/712 42 434

bilität für behinderte Menschen – Gnade oder Recht?" In wesentlichen Punkten gab es keine Annäherung. Ein Punkt konnte jedoch sofort geklärt werden. Gehörlose Menschen können ab sofort per Fax beim ASB den Sonderfahrdienst bestellen. Fax: 0732 / 73 64 66 - 66. Andrea Fröschl, Sprecherin von SLI-Linz strich positiv hervor: „Wir sind ins Gespräch gekommen und konnten unsere Forderungen direkt vortragen und haben auch Information aus erster Hand erhalten". Fröschls Schlußfolgerung: „In einem halben Jahr wird es wieder ein Gesprächsforum in dieser Art geben."

Diskriminierungsschutz

Bonn / Der neue Diskriminierungsschutz für behinderte Menschen im deutschen Grundgesetz wird in einer Broschüre, herausgegeben vom Beauftragten der deutschen Bundesregierung für die Belange der Behinderten, Otto Regensburger (MdB), beleuchtet. Die Publikation verdeutlicht, daß nur eine Verfassungsbestimmung, die ein Benachteiligungsverbot behinderter Menschen beinhaltet, nicht ausreicht, um Diskriminierung rechtlich zu unterbinden.

Zu beziehen bei:
Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten,
Otto Regensburger
D - 53127 Bonn
Postfach: 14 02 80
Tel. 06 0228 527 29 44
Fax: 06 0228 527 11 67

Neuer Vorstand

Kassel / Der Verband „Interessensvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland e V" (ISL) konnte im Oktober dieses Jahres sein 5jähriges Bestehen feiern. Dabei wurde auch ein neuer Vorstand gewählt. „Nachdem wir nunmehr schon seit mehreren Jahren mit zum Teil beachtlichen Erfolgen für die Selbstbestimmung und Gleichstellung behinderter Menschen kämpfen, werden wir in Zukunft den Schwerpunkt unserer Arbeit noch stärker auf die Achtung der Menschenrechte Behinderter und die Verabschiedung von Gleichstellungsgesetzen legen," erklärte Uwe Frevert, der als bewährter Fachmann in Sachen Selbstorganisation der Pflege in den Vorstand des Behindertenverbandes gewählt wurde.

30 Jahre Laienarbeit

Wien / „Vor 30 Jahren, genau im November 1965, haben wir mit der Begleitung von PatientInnen zum Pflegschaftsgericht durch ausgebildete LaienhelferInnen begonnen", erzählte stolz die Geschäftsführerin von Pro mente infirmis Wien, Elisabeth Muschik, auf einer Pressekonferenz. „Wir haben Menschen, die aus dem Krankenhaus heraus wollten, unsere Hilfe für das Leben draußen angeboten und denen, die für die Entlassung zuständig sind, unsere Mitverantwortung", skizziert Muschik die dreißig jährige Arbeit ihrer Organisation. Pro mente infirmis hat maßgeblich in den letzten drei Jahrzehnten die Situation psychisch behinderter Menschen verbessert. Damit dieses auch in Zukunft geschehen kann, lehnt die Geschäftsführerin eine „Verordnete Magersucht", gemeint sind Einsparungen in diesem Bereich, ab.

Gesetzlich verankert

Schweden/Stockholm / Seit Beginn 1994 gibt es in Schweden ein Gesetz, das die Bereitstellung von Hilfs- und Dienstleistungen für behinderte Menschen gewährleistet. Damit ist in Schweden die Selbstbestimmung aller BürgerInnen, auch jener mit Behinderung, gesetzlich verankert worden. So wird die selbständige und gleichberechtigte Lebensführung auch für Menschen, die persönliche Assistenz benötigen, garantiert. Diese Hilfeleistungen dürfen nicht dazu führen, daß eine Person mit herabgesetzter Funktionsfähigkeit mit finanziellen Nachteilen konfrontiert ist. Lenhard Andersson, Sozialarbeiter und Regionaleiter in der Sozialverwaltung in Lund, weist in einem Gespräch mit domino darauf hin: „Mit diesem Gesetz hat der behinderte Mensch eine echte Wahlfreiheit, er entscheidet, wie und wo er leben will. Wenn er persönliche Assistenz in seiner Wohnung in Anspruch nehmen will, so hat er jetzt mit dem Gesetz einen Rechtsanspruch darauf." Wie erfolgreich das Gesetz in einer Zeit, die von Sparmaßnahmen gekennzeichnet ist, durchgeführt werden kann, werden Erfahrungen in den kommenden Jahren zeigen.

Lenhard Andersson
Foto: Andreas Oechsner

Wordrap

11 Stichworte *in 5 Minuten*

domino hat die 5 BehindertensprecherInnen der im Parlament vertretenen Parteien vors Mikrofon gebeten, um in einem „Wordrap" die Bebindertenpolitik ihrer Partei zu erfahren. Für die ÖVP stieg Dr. Alfred Brader in den Ring, Dr. Volker Kier für das Liberale Forum. Theresia Haidlmayr skizzierte für die Grünen die Politik, Mag. Walter Guggenberger für die SPÖ und Dr. Helene Partik-Pable vertrat die Ansichten der Freiheitlichen.

→ Valorisierung des Pflegegeldes

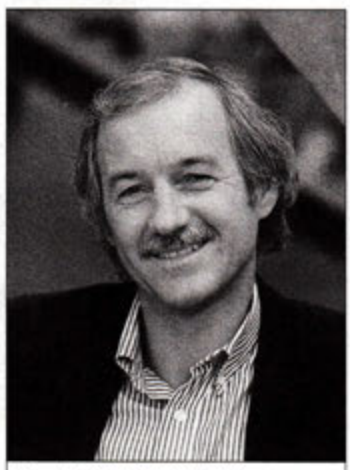
ÖVP: „Wird mit der nächsten Regierung zu verhandeln sein."

LIF: „Ich orte bei dem Pflegegeld Reformbedarf, vor allem was den Angebotsbereich betrifft, natürlich sind wir auch dafür, daß der Geldwert stabil gehalten werden muß."

Grüne: „Der Festsetzungsantrag der Grünen bezüglich der Valorisierung des Pflegegeldes für 1996 wurde von seiten der SPÖ, der ÖVP und des Liberalen Forums nicht unterstützt."

SPÖ: „Anzustreben, für 1996 leider nicht realistisch."

F: „Natürlich muß das Pflegegeld angeglichen werden und mit der Inflation Schritt halten. Wir haben auch mit dem Antrag der Grünen mitgestimmt, leider haben ÖVP und SPÖ diesem Antrag nicht zugestimmt."



Mag. Walter Guggenberger,
SPÖ

Foto: Cornelia Abd Alla

→ Sozialschmarotzer

ÖVP: „Man muß sich sicherlich die Treffsicherheit von manchen Sozialleistungen überlegen. Bevor ein Gesetz verabschiedet wird, sollte man sich überlegen, wo die mißbräuchliche Verwendung liegt und wie diese von vornherein ausgeschlossen werden kann."

LIF: „Ist ein besonders schlimmes Schimpfwort. Uns ist bewußt, daß es natürlich in jedem Sozialsystem sogenannte Windschattenfahrer gibt, das ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung. Wir sind gut beraten, das System so zu gestalten, daß es transparent ist und daß möglichst wenig vorkommen kann. Aber die Alternative dazu wäre ein Polizeistaat und das kommt nicht in Frage und außerdem ist es menschenverachtend."

Grüne: „Diese Debatte wird auch im Zuge von behinderten Menschen leider immer wieder geführt. Es gibt keine Sozialschmarotzer."

Dr. Alfred Brader,
ÖVP

Fotos: Andreas Oechsner

SPÖ: „Diskriminierende Debatte, im Kleinformat besonders widerlich geführt"

F: „Ich bin überzeugt davon, daß es Sozialschmarotzer gibt und zwar in einer großen Anzahl. Dieses hat sogar ein Sektionschef des Sozialministeriums vor einigen Jahren gesagt, daß 30.000 Menschen zu Unrecht Sozialleistungen beziehen und daß dadurch ein Schaden von 6,9 Milliarden Schilling entsteht. Ich bin der Überzeugung, daß man diese Sozialschmarotzer wirklich bekämpfen muß, damit eben diejenigen, die wirklich die Hilfe des Staates brauchen, die nötigen finanziellen Mittel haben."

➔ Ö-Norm B 1600

ÖVP: „Die Umsetzung dieser Baunorm hat noch Mängel. Da gibt es manchmal Widersprüche mit Denkmalschutz und ähnliches, diese Dinge gehören ausgeräumt."

LIF: „Ich bin immer der Meinung, man baut besser von vornherein behindertengerecht, als daß man nachträglich dann behindertengerecht umbauen muß."

Grüne: „Viel zuwenig ausreichend. Außerdem ist diese Norm nur eine Empfehlung und nicht gesetzlich verankert."

SPÖ: „Teilerfolg der Behinderten. Stark verbesserungsbedürftig."

F: „Ist das die Behindertennorm? Schauen Sie, ich kämpfe schon seit langem dafür, daß die Bestimmungen für behindertengerechtes Bauen verpflichtend werden, denn ich finde es wirklich skandalös. Gerade im öffentlichen Bereich werden noch immer Behinderte dadurch ausgegrenzt, daß es Stufen gibt und keine Aufzüge vorhanden sind".

➔ Ausländische behinderte Menschen in Österreich

Dr. Helene Partik Pable
F

Foto: F

ÖVP: „Grundrechte sind für alle da! Wer sich sozusagen auf dem Boden der Gesetze bewegt, hat auch das Recht, Sozialleistungen, Hilfe, Unterstützungen in Anspruch zu nehmen."

LIF: „Ich glaube nicht, daß die Staatsbürgerschaft ein Merkmal bei der Behindertenpolitik sein kann."

Theresia Haidlmayr,
Grüne

Grüne: „Müssen nach unseren Gesetzen behandelt werden und sollen die gleichen Rechtsansprüche haben wie österreichische Staatsbürger."

SPÖ: „Reformbedarf!"

F: „Ich glaube nicht, daß alle Leistungen, die es für die Staatsbürger gibt, auch auf Ausländer ausdehnbar sind."

➔ Diskriminierung

ÖVP: „Das Ansinnen eines Antidiskriminierungsgesetzes finde ich sehr gut. Ich freue mich auf die Debatte, weil dort endlich ganz klar herausgestellt wird, daß diese Diskriminierungen überall zu finden sind."

LIF: „Diskriminierung ist ein leider in unserer Gesellschaft weiter vorhandenes Phänomen. Auch die Behindertenpolitik ist davon gekennzeichnet."

Grüne: „Ist leider in Österreich noch immer Regelfall, auch wenn es um den behinderten Menschen geht."

SPÖ: „Allgegenwärtig."

F: „Diskriminierung ist sicher ein sehr ernstes Problem. Ich bin dafür, daß endlich ein Antidiskriminierungsgesetz geschaffen werden muß."

➔ Gleichstellungsgesetz

ÖVP: „Sie meinen das Antidiskriminierungsgesetz. Ich bin dafür!"

LIF: „Für uns muß es erste Priorität haben, alle Regelungen so zu formulieren, daß ich solche Schutzgesetze nicht brauche, aber es ist die Ultima Ratio Antidiskriminierungsgesetze zu haben, weil es wäre völlig naiv anzunehmen, daß man schnell genug einen Zustand erreicht, wo man diese nicht braucht, das ist eine Krücke sozusagen."

Grüne: „Das ist unser Ziel, und die Grünen werden dieses in der nächsten Legislaturperiode massiv forcieren."

SPÖ: „Ein ehrgeiziges, politisches Ziel!"

F: „Ja, wir wollen ein Antidiskriminierungsgesetz."

➔ Integration im Sekundarbereich

ÖVP: „Wir müssen jetzt gezielt überlegen, wie man integrative Schulmodelle für den Sekundarschulbereich umsetzen und gesetzlich verankern kann."

LIF: „Also, nur der integrative Ansatz ist der Weg. Nicht nur in der Behindertenpolitik!"

Grüne: „Muß eine Selbstverständlichkeit werden."

SPÖ: „Teilweise Erfolge, weiterer Ausbau notwendig."

F: „Die Integration ist etwas sehr Wichtiges und nimmt natürlich den Anfang schon im Kindergarten. Die Schule ist auch wichtig, anfangen tut die Integration im Kindergarten. Gerade auf der Stufe des Spielens und des Singens ist es viel einfacher für Behinderte und Nichtbehinderte, sich aneinander zu gewöhnen, sich zu akzeptieren. Ich glaube, daß das in den Volksschulen halbwegs funktioniert!"

Dr. Volker Kier, **LIF**

➔ Geschützte Werkstätte

ÖVP: „Für mich ist sie eine Einrichtung, aber es ist auch nicht die alleinige. Wir müssen aber verstärkt Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft schaffen. Aber ich warne davor, daß man sagt, alle ‚Geschützte Werkstätten' gehören sofort abgeschafft."

LIF: „Da mache ich plus, minus. Geschützte Werkstätten sind sowohl sinnvoll als auch nicht allein seligmachend. Sie sind mir jetzt in dem System zu überbetont und typisch sozialbürokratisch."

Grüne: „Lehne ich ab."

SPÖ: „Eine Möglichkeit, Behinderte in das Erwerbsleben zu integrieren."

F: „Ich glaube schon, daß die Geschützten Werkstätten einen Sinn und eine Aufgabe haben. Sie sollten als vorübergehende Arbeitsstätte Behinderten Angebote verschaffen. Man müßte aber schauen, daß die Behinderten dann auch wieder auf den offenen Arbeitsmarkt vermittelt werden."

➔ Arbeitsassistenz

ÖVP: „Hier gibt es verschiedene Modelle. Wir sollten hier versuchen, erstmalig in Österreich verschiedene Modelle auszuprobieren und nach einer Evaluierung, die Ergebnisse in das Arbeits- und Sozialrecht einfließen zu lassen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir sofort ein Arbeitsassistenzgesetz verabschieden sollten."

LIF: „Ist sicher das Menschennähere und das Flexiblere und auch das auf den einzelnen viel besser justierbare Modell."

Grüne: „Nur so kann es gehen, um wirklich Integration in der Arbeitswelt zu erreichen."

SPÖ: „Neues, vielversprechendes Modell, das ich sehr unterstütze."

F: „Arbeitsassistenz müssen Sie mir erklären, was Sie darunter meinen."

➔ Mobilität

ÖVP: „Ein großes Problem. Ich würde eine weitere Subventionierung der Bundesbahn davon abhängig machen, ob sie jetzt endlich den Erfordernissen behinderter Menschen nachkommen."

LIF: „Wir müssen unsere öffentlichen Verkehrssysteme so gestalten, daß sie auch von Behinderten sinnvoll in Anspruch genommen werden können, das heißt, daß sie nicht gerade dann zusätzlich Hilfe brauchen."

Grüne: „Es darf nicht weiter passieren, daß wir von der Mobilität ausgeschlossen sind."

SPÖ: „Mobilität wird Behinderten noch nicht in ausreichendem Maße gewährleistet."

F: „Es muß sehr viel gemacht werden, um die Mobilität zu steigern. Dazu gehört der Straßenverkehr, dazu gehören abgeschrägte Randsteine, dazu gehören eigene Ampeln für Blinde und für Taube, also akustische Ampeln."

➔ Behinderte im Parlament

ÖVP: „Ja, wir haben jetzt zumindest die Kollegin Haidlmayr. Dieses ist zu begrüßen, keine Frage."

LIF: „Das muß eine Selbstverständlichkeit sein, ist aber keine zwingende Notwendigkeit. Also meine Kollegin Haidlmayr ist mir als Kollegin im Parlament sympathisch, aufgrund der Inhalte, die sie vertritt, unabhängig, ob sie behindert oder nichtbehindert ist."

Grüne: „Da bin ich noch immer die einzige!".

SPÖ: „Sind noch zu wenige, müßten mehr sein."

F: „Wenn wir über die Gleichstellung diskutieren macht es wenig Sinn, wenn Sie so eine Frage stellen, da es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte."

Die Interviews führte Andreas Oechsner

25 Jahre Geschützte Wohnplätze

„Zwischen Alltag und Visionen – 25 Jahre Geschützte Wohnplätze", unter diesem Motto organisierte Jugend am Werk (JaW) Wien zum Thema „Begleitetes Wohnen" Anfang November ein Symposium in Wien. Über 120 Personen aus unterschiedlichen Organisationen, die im Behindertenbereich tätig sind, nahmen die Gelegenheit wahr, Erfahrungen und neue Ideen auszutauschen. Im Mittelpunkt stand die Selbstbestimmung behinderter Menschen und die Qualitätssicherung der Arbeit.

Text: Andreas Oechsner

Die ersten „Geschützten Wohnplätze" von JaW entstanden 1970 in der Jedlerstraße 66, im 21. Wiener Gemeindebezirk. Gemeindebezogene Integration sowie die Loslösung von der Institution bildeten das Fundament dieser Entwicklung. Vier Menschen mit Behinderung bezogen das neue Quartier. Da die Finanzierung nicht abgesichert war, konnten nur erwerbstätige Personen dieses Angebot nützen. Inzwischen ist die Finanzierung durch die Stadt Wien gewährleistet und heute leben 129 Menschen auf „Geschützten Wohnplätzen". Davon leben 68 behinderte Personen in eigenen Wohnungen. Für 61 Klienten hat JaW Wohnungen angemietet.

Diese positive Entwicklung unterstrich auch Grete Laska, SPÖ, Vizebürgermeisterin der Stadt Wien bei ihrer Eröffnungsrede. „In der Vergangenheit war JaW immer wieder der Motor neuer Entwicklungen in der Behindertenhilfe". Laska räumte ein: „Wir als Stadt waren nicht immer über Ihre Forderungen und Ideen erfreut, aber schließlich führte die Hartnäckigkeit von JaW meistens zum Erfolg!" Als „Geburtstagsgeschenk" sicherte die Vizebürgermeisterin 350 neue Wohnplätze für behinderte Menschen in Wien bis zum Jahr 2003 zu. Dabei unterstrich die Politikerin: „Den vermehrten Wunsch nach Einzelwohnplätzen unterstütze ich, obwohl ich weiß, daß es auch Gegner dieser Entwicklung gibt."

In einer Arbeitsgruppe diskutierten die TeilnehmerInnen, überwiegend Frauen, die in der „Behindertenbetreuung" tätig sind, über ihr verändertes Tätigkeitsfeld. Von der Versorgung und Betreuung über die Begleitung zur Assistenz für behinderte Menschen bedeutet dieses auch eine Umstellung für die Professionellen. Ihr Selbstverständis von Arbeit wird hinterfragt. Fortschritt heißt Veränderung, die Philosophie von JaW, ist aber auch mit Angst verbunden. Eine Teilnehmerin brachte es auf den Punkt: „Wenn die Behinderten tatsächlich selbstbestimmt leben und über mich bestimmen können, dann möchte ich nicht mehr arbeiten. Mag diese Aussage erst mal brutal klingen, so steckt auch konkrete Angst dahinter. Kein Mensch läßt sich gerne fremdbestimmen. Unwissenheit über die Forderungen und Konzepte der Selbstbestimmt Leben Bewegung verstärken diese Haltung.

Hier müssen noch Brücken geschlagen werden. Alleine, daß eine große Institution wie JaW dieses Thema aufgreift, muß positiv gewertet werden. Eine Organisation, die nach vorne blickt, neue Entwicklungen zur Kenntnis nimmt und ihre traditionellen Strukturen in Frage stellt, hat noch immer noch Seltenheitswert.

Individuell betreutes Wohnen bei Jugend am Werk

„Ich möchte einmal selber alleine auf Urlaub fahren."
Gerhard Hermann

Montag, Mittwoch und Freitag sind wir verabredet.

Text & Bilder von Petra Flieger

Sechs Jahre lang habe ich in einer Wohngemeinschaft mit 8 anderen gewohnt, aber das waren mir zu viele Leute," resümiert der 46jährige Gerhard Hermann über diese Zeit. Seine jetzige Wohnung teilt er mit einer Frau, was für ihn ganz in Ordnung ist, „da bin ich nicht ganz alleine". Seit anderthalb Jahren wohnt er dort auf einem „Geschützen Wohnplatz" von Jugend am Werk Wien (JaW).

JaW Wien bietet zur Zeit 128 Personen mit geistiger Behinderung Assistenz beim selbständigen Wohnen auf sogenannten Geschützten Wohnplätzen. Seit 1970 leben in Wiener Wohnungen, die teilweise von den BewohnerInnen selbst, teilweise von JaW gemietet sind, ein oder zwei Personen, denen ein mobiles BetreurerInnenteam zur Verfügung steht. Berechtigung auf einen „Geschützten Wohnplatz" haben erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung.

Abhängig von den individuellen Bedürfnissen und Fertigkeiten der BewohnerInnen besteht ein mehr oder weniger intensiver Kontakt zwischen diesen und den BetreuerInnen, die von einem lokalen Stützpunkt aus tätig sind. Je nach Bedarf finden Treffen im Stützpunkt oder in der Wohnung statt. „Ich besuche meine Betreuerin am Montag und am Mittwoch, am Freitag kommt sie zu mir in die Wohnung", beschreibt Hermann sei-

nen Begleitungsbedarf. Bei jeder Begegnung erhält er einen vereinbarten, fixen Geldbetrag für die kommenden Tage.

Individuelle Betreuung

„Vereinbarungen zwischen KlientInnen und BetreuerInnen sind sehr individuell und werden unter beiderseitigem Einverständnis getroffen. Auf Veränderungen und Entwicklungen können wir daher sehr flexibel reagieren", betont Wolfgang Artner, Leiter des Projekts „Geschützte Wohnplätze" im 16. Wiener Gemeindebezirk. Ein/e MitarbeiterIn ist für 6 bis 8 KlientInnen zuständig. Die Tätigkeit als mobile WohnbetreuerIn erfordert hohe Selbstorganisation und Verantwortung. „In den kleinen Teams, im Schnitt sind es nur vier Personen, entsteht somit eine hohe Transparenz über die geleistete Arbeit. Unsere Qualitätskontrolle erhalten wir unmittelbar über das Feedback der BewohnerInnen", ergänzt Artner.

Der politische Rahmen für die Entwicklung dieses integrativen und selbständigen Systems bestand darin, die Eltern von Unterhaltsverpflichtungen ihren volljährigen Kindern gegenüber zu befreien. Zu diesem Zweck wurde in Wien die Hilfe zum Lebensunterhalt gesetzlich festgeschrieben. So haben die BewohnerInnen auch bei keiner beruflichen Tätigkeit ein gesichertes Einkommen. „Sie können ihre Wohnung und ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren, es gibt keine finanzielle Konstruktion zum Verein. So bestehen keine Abhängigkeiten, und die Klienten lernen, selbstbestimmt zu leben", erläutert der erfahrene Pädagoge. „Dieses Finanzierungsmodell gilt allerdings nur für das Land Wien", kritisiert Dr. Walter Schaffranek, Geschäftsführer von JaW Wien. „Ich wünsche mir ähnliche Regelungen auch in den anderen Bundesländern, damit diese Wohnformen überall in Österreich umgesetzt werden können." Herrmann, der aus Niederösterreich kommt, hat Glück. JaW hat hier, obwohl die Finanzierung seitens des zuständigen Bundeslandes unzureichend ist, eine Ausnahme gemacht hat.

Gerhard Hermann schließt seine eigene Wohnungstür auf

Früher war alles anders

„Bevor ich nach Wien in die Wohngemeinschaft gekommen bin, habe ich dreizehn Jahre im Landespflegeheim in Mistelbach gelebt. Davor war ich längere Zeit in der Landesnervenklinik in Gugging und in Mauer-Öhling", erzählt Hermann aus seinem Leben. Auf all diesen teilweise geschlossenen Stationen fühlte er sich mehr oder weniger eingesperrt und für Hilfsdienste ausgenützt, er mußte sich Schlafsäle mit mehreren anderen „Insassen" teilen. An persönliche Betreuung in diesen Einrichtungen kann er sich nicht erinnern. Mit der Übersiedlung in die Wohngemeinschaft änderte sich viel für ihn. „In der ersten Nacht hab ich Angst gehabt", erinnert sich Hermann. Langsam erlernte er Alltagsfertigkeiten wie Einkaufen oder sich im Straßenverkehr zurechtfinden. Mittlerweile ist es für den begeisterten Radfahrer keine Affäre mehr, sich im Sommer mit dem Rad und im Winter mit den öffentlichen Verkehrsmitteln durch Wien zu kämpfen. „In der Früh fahre ich mit der U 6 in die Werkstatt. Zurück nehme ich den 5er."

Gezieltes Training

Alltagsfertigkeiten werden gemeinsam mit den BetreuerInnen aufgebaut und trainiert. „Früher habe ich meine ‚Pulver' jedesmal vom Betreuer bekommen. Jetzt habe ich sie für eine ganze Woche in einer Schachtel," bringt Hermann dafür ein Beispiel. Mit dem Kochen hat er allerdings noch größere Probleme, trotz eines Kochkurses, den er vergangenes Jahr besucht hat. „Alleine traue ich mich nicht. Ich habe Angst, daß etwas explodiert. Das muß ich mit meiner Betreuerin noch lernen." Daher geht er am Wochenende, wenn er nicht in der Werkstatt Mittagessen kann, gerne in ein Gasthaus oder ins etwas andere Restaurant.

Offene Wünsche hat natürlich auch Hermann: „Ich möchte gerne einmal alleine auf Urlaub fahren". Bisher war er immer in Gruppen unterwegs, aber er möchte gerne versuchen, ein paar Tage alleine auf einem Bauernhof zu verbringen. domino drückt ihm die Daumen, daß das im nächsten Jahr klappt.

Um 220,- Schillinge im Jahr stehen Ihnen 150.000 verschiedene Titel zur Verfügung. Von "Anna Karenina" bis "Emil Zola", von "Apfelstrudel" bis "Zentralrechner".Und damit Sie keine Ausrede haben: ***Die Wiener Bücherei gibt es 55x in Wien.***

WIENER BÜCHEREI
FÜR LEUTE MIT KÖPFCHEN

Adressenservice

I

Integration

Integration Österreich
Kaiserstraße 55/2
A-1070 Wien
Tel.: 0222 / 522 94 07
Fax: 0222 / 522 94 08

AGIL Aktionsgemeinschaft
IntegrationslehrerInnen - Wien
Zwerggasse 5/14
A-1020 Wien
Tel.: 0222 / 330 97 62
Fax: 0222 / 330 97 62

M

Musik

Meingast
Musiktherapie & Instrumente
Dietach 65
A-4600 Schleißheim/Wels
Tel.: 07242 / 67 507
Fax: 07242 / 67 507 33

S

Selbstbestimmt Leben Initiativen

Innsbruck
Pradlerstraße 10
A-6020 Innsbruck
Tel.: 0512 / 39 22 16
Fax: 0512 / 39 44 88

Selbstbestimmt Leben Initiative
Salzburg
Sonja Stadler
Fritschgasse 5/104
A-5020 Salzburg
Tel.: 0662 / 64 64 18

Zentrum für Selbstbestimmtes
Leben - Bizeps
Wien
Kaiserstraße 55/3/4a
A-1070 Wien
Tel:. 0222 / 523 89 21 -0
Fax: 0222 / 523 89 21 - 20

Selbstbestimmt Leben Initiative
Linz
Mozartstraße 11
A-4020 Linz
Tel.: 0732 / 77 55 75
Fax: 0732 / 77 55 75

U

Urlaub

Behinderten-aktiv-Urlaub
Preßlgasse 5/2
A-8230 Hardtberg
Tel.: 03332 / 65 405
Fax: 03332 / 63 805

Hier könnte auch Ihre Adresse stehen!

Die Redaktion gibt Ihnen gerne Auskunft

Billi und Vicki Bruckner vom Selbstbestimmt Leben Zentrum in San Francisco
Foto: Wolfgang Glaser

„Mal sehen, ob ich es richtig verstanden habe,"

oder: was ist Peer Counseling?

von Martin Ladstätter

Ende Juni dieses Jahres fand in Salzburg das erste Seminar „Einführung in das Peer Counseling" in Österreich statt. Eingeladen hatte die Beauftragte für Behinderte und chronisch Kranke an der Universität Salzburg, Irmgard Fuchs, und der Magistrat Salzburg.

Fuchs konnte die ReferentInnen Billi und Vicki Bruckner vom Sebstbestimmt Leben Zentrum in San Francisco gewinnen. Beide lehren schon jahrelang in Amerika und Europa behinderten Menschen die Methoden von Peer Counseling und waren in den Selbstbestimmt Leben Zentren von San Francisco, Belmont und Berkeley in Kalifornien von 1978 bis 1993 tätig. 25 Menschen mit Sinnes- und Körperbehinderungen folgten dem Angebot.

Peer Counseling ist das Anwenden von aktivem Zuhören sowie anderen problemlösenden Techniken, um jeweils gleichartig Betroffene („Peers") zu beraten. „Gleichartig" heißt, daß Menschen ihre gleichartigen Lebenserfahrungen teilen können. Peer Counseling bei behinderten Menschen ist daher aktivierende Beratung, die von einer behinderten Person zur Verfügung gestellt wird, die über behinderungsbedingte Erfahrungen und Kenntnisse sowie über Fähigkeiten, mit der eigenen Behinderung umzugehen, verfügt.

Die Teilnehmer erhielten vielerlei Möglichkeit, zu diskutieren und Fragen zu Theorie und Praxis zu stellen. Dabei hatten die Kursteilnehmer Gelegenheit, die Techniken, die sie lernten, mit den anderen Teilnehmern praktisch anzuwenden.

Die dem Peer Counseling zugrunde liegende Annahme ist, daß jeder, so er die Gelegenheit dazu bekommt, die meisten der eigenen Probleme des täglichen Lebens selbst lösen kann. Es ist nicht die Aufgabe eines Peer Counselors, die Probleme eines anderen zu lösen, sondern lediglich dem anderen zu helfen, selbständig entsprechende Lösungen zu finden. Peer Counselors sagen weder, was jemand „tun sollte", noch geben sie Ratschläge. Statt dessen fördern sie die andere Person darin, Problemlösungen zu entdecken, durch Zuhören, Erfahrungsaustausch und dem Herausfinden von Handlungsmöglichkeiten.

Dies wird dadurch erleichtert, daß der oder die BeraterIn selbst behindert ist. Hieraus entwickelt sich eine größere Vertrauensbasis. Grundlegende Gegebenheiten, die mit der Behinderung zusammenhängen, müssen nicht großartig erklärt werden. Schließlich kann eine Modellrolle wahrgenommen werden, die dann auch motivierend wirkt, die Bewältigung der Schwierigkeiten zu beginnen.

Peer Counselors werden wohlüberlegt gewählt, da sie als Modelle fungieren, mit denen sich behinderte Menschen identifizieren können. Sie haben selbst viele der Probleme erfolgreich gelöst, die die Kunden noch zu lösen haben, um eine selbstbestimmte Lebensführung zu erreichen.

Verschiedene Sprech- und Zuhör-Techniken, die in den frühen 70er Jahren in den USA entwickelt wurden, standen zu Anfang auf dem Programm. Diese Techniken wurden zunächst an Studenten an Hochschulen in den USA vermittelt. Sie wurden zu „Peer Counselors" ausgebildet, um anderen Studenten, die unter vielfältigem Druck in der Hochschule und wegen des Lebens fernab von zu Hause standen, Rückhalt zu geben.

Peer Counseling wird unter anderem als die pädagogische Methode der Selbstbestimmt Leben Bewegung bezeichnet und beruht teilweise auf der Theorie der „klientenzentrierten Gesprächstherapie", die von Carl Rogers in den 60er Jahren entwickelt worden war. Dahinter verbirgt sich die Erfahrung der gegenseitigen Unterstützung in Selbsthilfegruppen, die Personen mit ähnlicher Erfahrung, in diesem Fall behinderte Menschen, machen. Wie auch in anderen Gruppen (z. B. Frauen, Alkoholiker etc.), führte dies zu der bewußteren Erfahrung der eigenen Identität. Ein Ergebnis davon ist eine gesellschaftliche Einstellungsänderung, die die Wahrung der Bürgerrechte für behinderte Menschen nachhaltig gestärkt hat.

Diese Beratungsmethode ist ein integraler Bestandteil der Selbstbestimmt Leben Zentren im Kampf für Selbstbestimmung und Chancengleichheit, für ein Leben ohne Barrieren. Behinderte Menschen wenden Peer Counseling auch an, um voneinander mehr über die anderen Behinderungsarten zu erfahren.

Es ist eine spezielle Art des Redens und des Zuhörens, die es dem Sprecher erlaubt, zu reden, und dem Zuhörer, wirklich zuzuhören. Es basiert auf fünf klaren Regeln:

1) Fälle kein Urteil über die Person, die gerade spricht

Die Person, die gerade spricht, ist jemand anders, nicht Du. Es ist wichtig zu versuchen, eigene Wertvorstellungen und Erfahrungen beiseite zu lassen, wenn man der anderen Person zuhört.

Aufmerksame SeminarteilnehmerInnen; Foto: Wolfgang Glaser

2) Fühle Dich ein

Versuche das Problem aus der Sicht desjenigen zu sehen, der gerade spricht. Versuche, die Gefühle der anderen Person zu verstehen.

3) Gib keine persönlichen Ratschläge

Ratschläge zu erteilen ist etwas anderes als zu informieren. Informationen zu verschaffen ist ein wichtiger Bestandteil des Peer Counseling. Es ist eben etwas anderes, die entsprechende Information zu vermitteln oder zu sagen „Ich glaube, Du brauchst eine Person, die die für Dich notwendigen Hilfeleistungen sicherstellt, und ich empfehle Dir, ..."

4) Interpretiere nicht

Im allgemeinen ist die sprechende Person daran interessiert, ihre Gedanken und Gefühle auszudrücken und Klarheit darüber zu erlangen. Sie ist nicht besonders daran interessiert, Deinen Erklärungen zuzuhören, zu denen Du Dich hinsichtlich der Motive, die sie für ihr Verhalten hat, veranlaßt fühlen könntest. Versuche als Zuhörer die eigenen Erklärungen der sprechenden Person bezüglich ihrer Gefühle und Handlungen zu akzeptieren.

5) Übernimm keine Verantwortung für das Problem der anderen

Die Aufgabe ist es nicht, das Problem der sich äußernden Person zu lösen, sondern ihr zu helfen, ihre eigene Lösung zu finden. Du solltest fähig sein, sie während dieses Prozesses zu unterstützen. Dabei wirst Du oft sehen können, daß ihr Problem nicht nur allein das ihrige ist.

Die Person, die Beratung anbietet, benutzt Fragen, um Informationen zu erhalten, um die Person, die spricht, zu ermuntern, mehr über eine bestimmte Angelegenheit zu erzählen.

Geschlossene Fragen werden benutzt, um Informationen zu erhalten. „Wie lange arbeitest Du schon in Deinem jetzigen Job?". Fragen wie „Hast Du vorher schon gearbeitet?" können mit einem einfachen „ja" oder „nein" oder mit ein paar Worten erklärt werden.

Offene Fragen werden zum Zweck einer umfassenderen Ergründung der Sachla-

ge gestellt. Sie ermutigen den Sprecher mehr über ein Thema zu sagen, etwas klarer darzustellen, oder Gefühle in den Mittelpunkt zu stellen. „Würdest Du gerne mehr über die Beziehung zu Deiner Assistentin sagen?" oder „Was würdest Du gerne ändern?". Solche Fragen dürfen nicht gestellt werden, um die Neugier des Peer Counselors zu befriedigen.

Beschreibung des Gesagten („Paraphrasing")

Eine „Paraphrase" ist eine kurze Zusammenfassung, die das Wesentliche dessen, was der Sprecher gesagt hat, wiedergibt. Sie ist knapp gehalten und übermittelt den gleichen Inhalt, verwendet aber gewöhnlich andere Worte.

Peer Counselors verwenden Paraphrasen aus drei Gründen:

(1) Es ist eine weitere Möglichkeit, deutlichzumachen, daß man zuhört und versteht, was die Person, die spricht, sagt.

(2) Es ist eine Möglichkeit, sicherzustellen, daß man das, was die sprechende Person gesagt hat, richtig gehört hat. Falls man es nicht richtig gehört hat, hat sie die Möglichkeit, Euch zu korrigieren.

(3) Es gibt dem Sprecher die Gelegenheit, zu hören, was er gerade gesagt hat. Nochmals eine genaue Beschreibung des Gesagten zu hören, hilft der betreffenden Person, sich klarer darüber zu werden, was sie denkt und fühlt. Dies kann neues Wissen und neue Perspektiven zutage fördern.

Beispielsweise beginnt man den Satz etwa mit: „So wie ich es verstanden habe, ist..." oder „Mal sehen, ob ich's richtig verstanden habe. Du hast gesagt... ." Beenden sollte man mit „Ist das so richtig?" oder „Habe ich Dich richtig verstanden?"

Umgehen mit Gefühlen

Es ist ein wesentlicher Teil von Peer Counseling, zuzulassen, daß die sprechende Person sich über ihre Gefühle klar wird. Häufig kann sie der Lösung eines Problems nicht näherkommen, bevor diesbezügliche Emotionen ausgedrückt sind und Unterstützung erfahren wird.

Besonderer Dank der Organisatorin Fuchs für die ausgezeichnete Organisation und Abwicklung dieser für die Selbstbestimmt Leben Bewegung in Österreich sehr wertvollen und wichtigen Veranstaltung.

Das Peer Counseling Trainings Manuskript ist zum Selbstkostenpreis von 100 Schilling bei der Organisatorin zu bestellen:

Irmgard Fuchs
Behindertenbeauftragte der
Uni Salzburg
Akademiestraße 26
5020 Salzburg

Telefon: 0662/8044-4222
Fax: 0662/8044-614
Email: fuchsirmg@edvz.sbg.ac.at

UNABHÄNGIGKEIT durch Eckard Rollstuhl-Lift

Für VW, Opel, Seat und Renault

- **Zulassung für 3- 4 Sitzplätze**
- **Voll rückrüstbar**
- **Hohe passive Sicherheit**
- **Schwenktür mit Rollstuhl-Lift**
- **Ein Bedienungshebel für alle Funktionen**
- **Elektrisches Öffnen und Schließen der Tür**
- **Elektrisches Heraus- bzw. Hineinfahren des Rollstuhls**
- **Schwenktür auch ohne Rollstuhl-Lift**

eckard design

eckard design Technik Gmbh
Reesbergstr. 1/ Postfach 340
D-36003 Fulda
Tel.: (0049661) 6000-240, Fax: (0049661) 6000-223

Montage bei:

Autohaus Lopic
Mitterstraße 132,
8055 Graz-Seiersberg
Tel.: (0316) 29 16 10

Fa. Urban
Bismarckstr. 14, 4020 Linz
Tel.: (0732) 77 06 93

Fa. Kalcher & Pezinka
Petersgasse 44, 8010 Graz
Tel.: (0316) 82 32 62

Fa. Privoznik
Gentzgasse 162, 1180 Wien
Tel.: (0222) 479 33 75

Fa. Pruckner
Laaer Str. 14, 2100 Korneuburg
Tel.: (02262) 21 40

Internationale Dokumente

Standardregeln der Vereinten Nationen

vorgestellt von Petra Flieger

Im Dezember 1993 wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York ein zukunftsweisendes Dokument für weltweite Behindertenpolitik verabschiedet – Die Standardregeln zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Nun liegt auch eine deutsche Übersetzung vor. Diese Standardregeln zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung beruhen auf den Erfahrungen, die von 1983 bis 1992 während der Dekade für behinderte Menschen der Vereinten Nationen weltweit gewonnen wurden.

Ziel der Regeln ist es, sicherzustellen, daß alle Menschen mit Behinderung, Kinder wie Erwachsene, Männer wie Frauen, als Mitglieder ihrer Gesellschaften dieselben Rechte und Pflichten ausüben dürfen wie andere. Sowohl technische als auch persönliche Unterstützungen stellen nur die notwendigen Voraussetzungen für echte Beteiligung und Gleichheit gesellschaftlichen Lebens dar. Erst durch die Schaffung sinnvoller Gelegenheiten zur Beteiligung kann es zu wirklicher Gleichstellung kommen.

Die Standardregeln bieten Personen mit Behinderung und ihren Organisationen ein Instrument für politisches Handeln!

Die Standardregeln stellen zwar kein bindendes Gesetz dar, sie können jedoch internationale Gewohnheitsregeln werden, wenn sie von vielen Staaten angewandt werden. Im Namen aller unterzeichnenden Staaten beinhalten die Regeln eine starke moralische und politische Verpflichtung, für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung aktiv zu werden.

Neben einer Einleitung gliedert sich das Dokument in vier Abschnitte, die in 22 Regeln aufzeigen, wie die Zielsetzungen erreicht werden sollen. Nachfolgend werden einige Regeln beispielhaft aufgelistet.

Sensibilisierung der Allgemeinheit

Die Staaten sollen die Massenmedien zu einer positiven Darstellung behinderter Menschen ermutigen; die Organisationen, die behinderte Menschen vertreten, sollen in dieser Frage beteiligt werden.

Unterstützungsdienste

Die individuellen Hilfsprogramme sollen so gestaltet sein, daß behinderte Menschen, die von diesen Programmen Gebrauch machen, entscheidenden Einfluß auf die Durchführung der Programme haben.

Menschengerechte Umwelt

Die Anforderungen an eine behindertengerechte Umwelt sollen in die planerischen und baulichen Maßnahmen von Beginn an einbezogen werden.

Bildung

Elterngruppen und ihre Organisationen sollen auf allen Ebenen des Bildungsprozesses einbezogen werden.

Beschäftigung

Das Ziel soll immer sein, daß behinderte Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Beschäftigung finden. Für Menschen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht untergebracht werden können, können kleine Einheiten von geschützten oder unterstützten Arbeitsplätzen eine Alternative darstellen. Die Qualität solcher Programme muß danach beurteilt werden, inwieweit sie wirkungsvoll und ausreichend sind, um behinderten Menschen Chancen auf eine Beschäftigung am Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Kultur

Die Staaten sollen für die Entwicklung und Anwendung besonderer technischer Verfahren sorgen, um Literatur, Filme und Theater behinderten Menschen zugänglich zu machen.

Gesetzgebung

In manchen Bereichen mögen Maßnahmen der Gesetzgebung erforderlich sein, um Bedingungen, die das Leben behinderter Menschen beeinträchtigen, insbesondere Schikanen, zu beseitigen. Alle behindertendiskriminierenden Vorschriften müssen aufgehoben werden. Die Rechtsvorschriften sollen für Verstöße gegen die Grundsätze der Nichtdiskriminierung angemessene Sanktionen vorsehen.

Organisationen von behinderten Menschen
Alle Staaten sollen ständige Verbindung zu Organisationen, die die Interessen behinderter Menschen vertreten, unterhalten und gewährleisten, daß sie an der Ausarbeitung staatlicher Politik beteiligt werden.

Überwachung und Evaluierung der Programme für behinderte Menschen auf nationaler Ebene in bezug auf die Anwendung der Rahmenbestimmungen
Die Staaten sind für die laufende Überwachung und Evaluierung der nationalen Programme und Dienste zur Herstellung der Chancengleichheit für behinderte Menschen verantwortlich.

Unterschiede zu früheren Dokumenten
Die Standardregeln unterscheiden sich deutlich von früheren internationalen Dokumenten zur Behindertenpolitik. Sie rücken stärker als bisher den Menschenrechtsansatz in den Vordergrund. Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung wird als oberstes Ziel formuliert. Regierungen werden klar aufgefordert, Betroffenenorganisationen bei behindertenpolitischen Entscheidungen zu beteiligen. Die Ein- und Durchführung der Standardregeln in den Mitgliedsstaaten werden überwacht und kontrolliert.

Überwachungsmechanismus
Um den Einsatz der Standardregeln zu kontrollieren, wurde ein Berichterstatter ernannt, der in Zusammenarbeit mit einem Expertenteam in regelmäßigen Abständen Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen erstatten muß, was im August 1995 zum ersten Mal geschehen ist. Das Expertenteam setzt sich aus 5 Männern und 5 Frauen zusammen, die aus jeweils verschiedenen Ländern der ganzen Welt stammen und selbst behindert sind. Mehrere internationale Behindertenorganisationen waren an der Zusammenstellung dieses Teams beteiligt. Seine Finanzierung erfolgte bisher über freiwillige Spenden von Mitgliedsstaaten, darunter auch Österreich.

Die Übersetzung kann bestellt werden bei:
Hr. Krüger, Referat Öffentlichkeitsordnung im BMAS der BRD
Postfach 500, 53107 Bonn
Tel: 06 (0) 228/527 11 11/52 70

Am Rande notiert:

Die Übersetzung des englischen Originaldokuments „The Standardrules on the equalisation of Opportunities for Persons with Disabilities" erfolgte durch den deutschen Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen in New York. Eigenartig ist, daß dabei aus Standardregeln Rahmenbestimmungen geworden sind. Rahmenbestimmungen lösen beim Lesen viel unverbindlichere und unklarere Vorstellungen aus als Standardregeln oder Standardrichtlinien, die nicht so leicht mit einem Schulterzucken übergangen werden können. Leider finden sich diesbezüglich keine Erläuterungen in der deutschen Publikation.

Noch krasser sticht allerdings ins Auge, daß Personen mit Behinderung einfach Behinderte sind. Also doch eine Behinderung als Hauptmerkmal eines Menschen heranziehen? Wo bleibt der ganzheitlich personenorientierte Ansatz, der einem beim Lesen so schillernd beschrieben wird? Veränderungen in vorherrschenden Denkmustern und in der Politik müssen auch in der Sprache ihren Niederschlag finden. Deutsche Publikationen zu Themen, die Menschen mit Behinderung betreffen, sind davon leider oft noch weit entfernt.

DLOUHY

BEHINDERTENFAHRZEUGE

- Rollstuhllifte
- Auffahrrampen
- Rollstuhlhalterungen
- Fahrzeugabsenkungen
- Fahrzeuginneneinrichtungen
- Service - Reparatur

Karosseriefachbetrieb DLOUHY

A - 3430 Tulln, Königsstetterstraße 163a
Tel: 02272 / 3100, Fax: 02272 / 3100-28
A - 1160 Wien, Kuffnergasse 3-5
Tel: 0222 / 489 58 61, Fax: 0222 / 489 58 61-28

Gleichstellung international

eine Serie von Martin Ladstätter

Frauen revolutionieren Gleichheitssatz

Die rechtlich relevanten Unterschiede sind niemals biologisch oder psychosozial begründet, sondern beruhen auf ökonomischen und sozialen Zuordnungsprozessen, so eine revolutionäre Aussage bei dem Seminar „Neuere Frauenrechtsgeschichte, Rechtsvergleichende Aspekte aus der Perspektive feministischer Rechtswissenschaft," im November dieses Jahres an der Universität Linz.

von Silvia Oechsner

Gleichstellungsgesetz

Silvia Oechsner, Foto: Archiv

Aktualität gewann diese Vorlesung vor dem Hintergrund der politischen Auswirkungen des jüngsten Erkenntnisses des Europäischen Gerichtshofs zum Thema Frauenförderung. Was dort vorgetragen wurde, war allerdings um vieles spannender, als das EUGH-Urteil. Eine rechtstheoretische Analyse der amerikanischen Frauenbewegung, die weitgehend auch auf die Behindertenbewegung angewendet werden kann.

Kurz zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs selber. Dieses Urteil verbietet die automatische Bevorzugung von Frauen im Rahmen beruflicher Beförderung. Doch besondere Frauenprogramme werden ausdrücklich erlaubt, und auch die prinzipielle Bevorzugung von Frauen wird keineswegs untersagt. Auswirkungen auf die Behindertenpolitik sind kaum zu erwarten.

Nun aber zu dem in der USA entwickelten Gleichheitsbegriff, der in diesem Seminar vorgestellt wurde. Um den neuen Gleichheitsbegriff zu verstehen, muß der derzeit vom Verfassungsgerichtshof judizierte Gleichheitsbegriff kurz dargestellt werden.

Dieser Gleichheitsbegriff, der auf Aristoteles zurückgeht, lautet in der Kurzformel „Jedem das Seine". Dies bedeutet, daß jahrhundertelang in der Rechtssprechung trotz des Gleichheitsgebotes in der Verfassung unterschiedliche Regelungen zwischen Frauen und Männern dort gerechtfertigt waren, wo es „tatsächliche" Unterschiede gibt. Diese „tatsächlichen" Unterschiede werden an biologischen und psychosozialen Kriterien festgemacht. So war es zum Beispiel nach dem Verfassungsgerichtshof zulässig ein Nachtarbeitsverbot für Frauen zu verhängen, da Frauen eine schwächere Konstitution als Männer hätten und auch in der Fürsorgepflicht für die Familie geschützt werden müssen. Diese „tatsächlichen" Unterschiede können vom Gesetzgeber nicht aufgehoben werden.

Die amerikanischen Feministinnen haben als Antwort auf die herrschende Rechtssprechung die Differenztheorie entwickelt.

Geseben in New York; Foto: Petra Flieger

Nach dieser Theorie sind rechtlich relevante Unterschiede niemals biologisch oder psychosozial begründet, sondern beruhen auf ökonomischen und sozialen Zuordnungsprozessen. Diese Zuordnungsprozesse bewirken hierarchische Verhältnisse, in denen eine Gruppe diskriminiert wird. Der Gleichheitssatz verpflichtet demnach den Gesetzgeber, die Diskriminierung benachteiligter Gruppen zu beenden. Dies kann durch die Abschaffung diskriminierender Regelungen passieren oder aber durch Regelungen, die eine Bevorzugung zum Zwecke der Beendigung der Diskriminierung bewirken.

Ein konkretes Beispiel: Im Bundesdienst sind in höheren Positionen 10 % Frauen beschäftigt, der weibliche Anteil an der Bevölkerung beträgt 53 %. Frauen sind hier diskriminiert, weil sie nicht entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung im Bundesdienst vertreten sind. Der Gesetzgeber muß Regelungen treffen, die geeignet sind, diese Diskriminierung zu beenden.

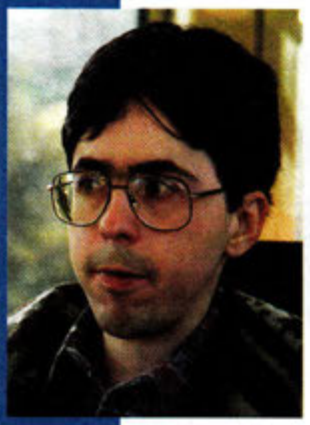
Ein anderes Beispiel: Es gibt das schon erwähnte Nachtarbeitsverbot für Frauen. Empirische Untersuchungen beweisen, daß Frauen und Männer von den gesundheitsschädlichen Wirkungen der Nachtarbeit gleich betroffen sind. Diskriminiert sind also alle Menschen, die in der Nacht arbeiten müssen, nicht nur Frauen. Der Gesetzgeber muß also Schutzbestimmungen für alle diese Menschen schaffen.

„Tatsächliche Unterschiede können vom Gesetzgeber nicht aufgehoben werden."

Aufgrund dieser Differenzierungstheorie bedeutet die verfassungsrechtliche Gleichstellung behinderter Menschen, daß der Gesetzgeber die rechtliche Diskriminierung behinderter Menschen ohne Ansehen biologischer oder psychosozialer Unterschiede zu beenden hat. Geistig behinderten Kindern zum Beispiel müßte der Zugang zur Regelschule jedenfalls gestattet werden. Sie sind durch den Ausschluß aus der Regelschule sozial benachteiligt.

Diese Theorie amerikanischer Feministinnen ist keineswegs das Produkt einsamer intellektueller Eliten. Der kanadische Verfassungsgerichtshof hat seine Rechtssprechung ganz eindeutig und klar an dieser Theorie ausgerichtet. Europäische Gerichtshöfe geraten zunehmend unter den Druck der Frauenbewegungen.

Die Forderung der Selbstbestimmt Leben Bewegung, daß gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von Unterschieden im „Tatsächlichen" abgesichert sein muß, steht damit im Rahmen einer international geführten rechtspolitischen Diskussion, deren Erfolge in einigen Staaten bereits sichtbar werden.



Martin Ladstätter
Foto: Archiv

Die Zeit der Almosen und Gnadenakte ist vorbei

von Martin Ladstätter

Nationalrat Marc F. Suter hat im Oktober dieses Jahres eine parlamentarische Initiative zur gesetzlichen Gleichstellung von behinderten Menschen in die Schweizer Bundesverfassung ins Parlament eingebracht. Die Initiative wird von der Dachorganisationenkonferenz der privaten Behindertenhilfe (DOK) unterstützt. Ziel der Initiative ist es, die Rechte behinderter Menschen in Artikel 4 der Schweizer Bundesverfassung zu verankern und die Betroffenen damit wirksamer vor Diskriminierung zu schützen.

Der Weg der parlamentarischen Initiative ist für die Schweiz typisch, da dort durch die Allparteienregierung (Konkordanzsystem) das Volk die Opposition verkörpert. Dieses erfolgt in der Regel über ein Referendum und andere Initiativen. Bleibt die laufende parlamentarische Initiative auf der Strecke oder wird sie verwässert, bleibt die „Volksinitiative". Dabei müssen 100.000 Unterschriften innerhalb von 8 Monaten zusammengetragen werden. „Dieses wird immer schwerer, da die Leute dauernd irgend etwas unterschreiben sollen", gibt sich Ruedi Prerost, ebenfalls Aktivist für eine Verfassungsänderung, eher skeptisch.

Nationalrat Suter ist selbst seit Jahren auf den Rollstuhl angewiesen. Sein Textvorschlag für einen Gleichstellungsartikel: „Keine Person darf wegen ihrer Behinderung benachteiligt werden." Durch diesen Verfassungsartikel wäre die Gleichstellung behinderter Menschen in den Bereichen Schule, Ausbildung und Arbeit, Verkehr und Kommunikation gewährleistet. Gleichzeitig wäre der Zugang zu öffentlichen Anlagen sowie die Inanspruchnahme von Einrichtungen, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, gesichert. Behinderte Menschen sollen nicht mehr als BittstellerInnen, sondern als ernstzunehmende Interessensgruppe auftreten können. Dazu brauchen sie ein Diskriminierungsverbot und ein Gleichstellungsgebot, das heißt vor allem: wirksame, einklagbare Rechte. Von einem Paradigmenwechsel sprach bei gleicher Gelegenheit in Bern auch Aiha Zemp, politische Aktivistin und Autorin, die selber behindert ist. „Menschen mit Behinderung wollen nicht länger als fremdbestimmte Objekte der sozialen Fürsorge auf Almosen und Gnadenakte angewiesen sein. Sie verstehen sich als selbstbestimmende Subjekte, die ihre rechtliche Gleichstellung einfordern; sie verstehen sich als Bürgerinnen und Bürger mit den gleichen Menschenrechten".

„So mannigfaltig die Behinderungen, so vielfältig sind heute die Diskriminierungen, die den Alltag von behinderten Menschen so sehr bestimmen, daß sie fast schon zum Leben gehören," unterstreicht Claudia Babst, Zentralsekretärin von INSIEME, der Schweizer Vereinigung der Elternvereine für geistig behinderte Menschen.

Mit Suters parlamentarischer Initiative sollen diese Alltagsbenachteiligungen thematisiert werden. Vor allem soll die Geisteshaltung der Menschen offensichtlich gemacht werden. Nach wie vor wird die Benachteiligung als normal und die Benachteiligten als abnormal eingeschätzt.

Während die Initiative nun auf den Weg durch die parlamentarischen Instanzen geschickt wird, sitzen DOK-JuristInnen bereits an der Frage, welche Auswirkungen diese Verfassungsänderung in konkreten Situationen haben wird.

Gleichstellungsgesetz

GROSSBRITANNIEN

John Evan, Mitbegründer des Europäischen Netzwerkes für Selbstbestimmtes Leben, erklärte bei der Konferenz „Rechte für behinderte Menschen", die vom 13. bis 15. Oktober 1995 in Southampton in Großbritannien stattfand, welche Entwicklung der 14. Anlauf zur Erlangung eines Antidiskriminierungsgesetzes genommen hat. Behinderte MenschenrechtsaktivistInnen aus europäischen Ländern trafen einander, um voneinander zu lernen und ihr Wissen auszutauschen. Martin Ladstätter und Manfred Srb vom Selbstbestimmt Leben Zentrum Wien (Bizeps) vertraten dort die österreichische Bewegung. Im Mittelpunkt stand die britische Behindertenbewegung. Behinderte Menschen in England hoffen auf einen Regierungswechsel bei den Wahlen im nächsten Jahr, da die Labour Partei ihnen mehr Unterstützung zugesagt hat. Besonders erwähnenswert ist der Umstand, daß behinderte Menschen in Großbritannien mit Amnesty International zusammenarbeiten.

ÖSTERREICH

Die Bürgerinitiative für ein Gleichstellungsgesetz traf sich in Wien, um die weitere Vorgangsweise zu koordinieren. Durch die Neuwahlen wurden alle parlamentarischen Ausschüsse aufgelöst und die Bürgerinitiative Nr. 8 für ein Gleichstellungsgesetz konnte nicht mehr wie geplant am 14. November dieses Jahres (domino berichtete), im Petitionsausschuß behandelt werden. Gemeinsam haben „Integration Österreich", die „Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation" und die „Selbstbestimmt Leben Initiative" in einem Schreiben alle Parteien im Parlament aufgefordert, noch vor der Nationalratswahl am 17. Dezember 1995 zu dieser Petition öffentlich Stellung zu nehmen. Des weiteren forderten die Unterzeichner, daß eine parlamentarische Behandlung der Inhalte der Petition für ein Gleichstellungsgesetz in der nächsten Gesetzgebungsperiode wieder aufgenommen wird. Bis Redaktionsschluß ließen die Reaktionen der Parteien jedoch zu wünschen übrig.

Gleiche Chancen für Behinderte

Gleichstellung: *Schaffung eines umfassenden Gleichstellungsgesetzes für behinderte Menschen mit konkreten Rechtsansprüchen. Dezidierte Aufnahme behinderter Menschen in den Artikel 7 des Bundesverfassungsgesetzes.*

Schule: *Recht auf schulische Integration über die Volksschule hinaus in der gesamten Sekundarstufe. Schaffung der dafür notwendigen bedarfsgerechte Rahmenbedingungen.*

Ausbildung: *Chancengleichheit durch Nachteilsausgleich in der Berufsaus-, Weiter- und Fortbildung und universitären Ausbildung. Recht auf GebärdendolmetscherInnen, technische Hilfsmittel etc.*

Arbeit: *Erfüllung der Einstellungspflicht für behinderte ArbeitnehmerInnen laut Behinderteneinstellungsgesetz. Abschaffung der Freikaufmöglichkeit von Behindertenarbeitsplätzen.*

Mobilität: *Alle öffentlichen Verkehrsmittel im Nah- und Fernverkehr müssen ehebaldigst barrierefrei benutzbar gemacht werden. Ab sofort nur mehr öffentliche Finanzierung für neue öffentliche Verkehrsmittel, die barrierefrei zugängig sind.*

Bauen-Wohnen: *Öffentliche Gelder nur mehr für Bauten (Neu-, Um- und Zubauten), die barrierefrei ausgestattet sind. Öffentliche Gebäude müssen barrierefrei adaptiert werden.*

Pflegevorsorge: *Keine Kürzungen beim Pflegegeld. Gesetzliche Absicherung der jährlichen Valorisierung. Rechtsanspruch auf bedarfsgerechtes Pflegegeld. Pflegegeld für Kleinkinder (0 - 3 Jahre) ab dem Zeitpunkt des tatsächlichen Bedarfes.*

Jetzt Farbe bekennen!

THERESIA HAIDLMAYR
Behindertensprecherin der GRÜNEN

DIE GRÜNEN

Groll

und das Geheimnis der amerikanischen Identität

von Erwin Riess

Groll nimmt tiefe Einblicke in die amerikanische Seele..., Foto: Angelika Jensen

New York City. Im Vorzimmer des Büros für Behindertenfragen beim Bürgermeister. Groll und Tritt sind in ein Gespräch vertieft.

Groll: Wie lange sitzen Sie schon hier?

Tritt: Eine Ewigkeit. Ich verstehe nicht, warum es heute so lange dauert. Ich war ja schon öfter in diesem Amt – wegen meiner Studie über die Identitätskonflikte von Minderheiten –, und da herrschte hier ein Kommen und Gehen. Heute aber wirkt das Amt wie ausgestorben, während sonst das Surren der elektrischen Rollstühle den Raum erfüllt.

Groll: Vielleicht sind die behinderten Mitarbeiter nach dem Alarm von vorhin in Sicherheit gebracht worden?

Tritt: Ich habe auch schon vor dem Alarm keine Behinderten gesehen. Seien Sie froh, daß Sie während des Alarms auf der Toilette waren, wildgewordene Sicherheitsbeamte haben gleich dreimal meine Identität überprüft, sie benahmen sich wie Indianer auf dem Kriegspfad.

Groll: Sie meinen wohl: „native americans".

Tritt (amüsiert): Sie erklären mir die Lage der Minderheiten in den USA?

Groll: Ich gebe Ratschläge, nichts weiter. Stille.

Groll: Haben Sie eine Identitätsnummer?

Tritt: Selbstverständlich. Die Universität hat mir gleich am Tag meiner Ankunft eine Nummer verliehen. Ohne Identity ist man auch in Amerika ein Niemand, ein Nullum.

Groll: Dann bin ich ein Nullum. Meine Identität ist ungeklärt, ich lebe in einem Identitätskonflikt, ich bin der Fleisch gewordene Identitätsbruch.

Tritt: Aber Sie sind doch mit einem Touristenvisum in den Staaten! Als Tourist brauchen Sie keine Identity, da genügt das Visum.

Groll (traurig): Ich habe nicht einmal ein Visum. An einem Visum könnte ich mich aufrichten. Ich habe gar nichts. Ich bin ein rollendes Schattenwesen.

Tritt: Sie träumen den Traum von der Identität, das sollten Sie lieber nicht tun. Meine Forschungen haben nämlich ergeben, daß der Traum von der Identität der Traum vom Verschwinden des Andersseins ist. Es wäre kurios, wenn gerade Sie diesen

Traum träumten.

Groll: Sie meinen, weil ich aufgrund meiner Behinderung gar nicht anders kann, als für jeden sichtbar anders zu sein?

Tritt: So ist es.

Groll: Könnte es sein, daß das Wort Identität für Sie eine andere Bedeutung hat, als, sagen wir, für Nichtakademiker? Könnte es sein, daß Sie einem philosophischen Begriff von Identität anhängen, während ich diesen Begriff nach amerikanischem Vorbild pragmatisch verwende?

Tritt: Worauf wollen Sie hinaus?

Groll: Wenn ein Amerikaner Identity sagt, dann meint er nicht dasselbe wie, zum Beispiel, ein Deutscher oder ein Österreicher. Sie kennen doch die Phrase „Take care"?

Tritt: Selbstverständlich, ich höre sie täglich. Eine schöne Art der Verabschiedung. Anfangs dachte ich, die Leute in New York grüßen mit diesen Worten, weil die Stadt so gefährlich ist; aber mittlerweile habe ich gelernt, daß die Phrase nicht so plump zu verstehen ist – sie drückt aus, daß fremde Menschen zumindest in der abgeschliffenen Form der Sprachkonvention an einem Anteil nehmen. Das kommt vielleicht daher, daß hier jeder in gewisser Weise ein Fremder ist. Auf diese Weise versichern sich die Leute ihrer selbst, im Anderen spiegeln und erbauen Sie sich selbst.

Groll: Sie sind ein Romantiker. Sie kommen von der Universität, das merkt man. Ich bevorzuge die amerikanische Sichtweise der Identität.

Tritt: Sie machen mich neugierig. Ich bitte um Aufklärung.

Groll: Gern. Sie kennen doch das Zeichen „c/o" auf Briefen, Sie wissen, wofür diese Buchstaben stehen?

Tritt: Care of. In Österreich würde man Sagen: Zu Handen.

Groll: Richtig. Und diese Phrase ist das Geheimnis der amerikanischen Identität.

Tritt: Oho!

Groll: Spotten Sie nicht! Wenn ein Amerikaner von Identität spricht, meint er nichts anderes als – Adresse. Die Identität, das ist die Adresse. Und wenn man weiß, daß der Mensch, dem man den Brief schreibt, nur eine geborgte Adresse hat, dann schreibt man auf den Umschlag „care of". Die Botschaft ist klar: Paß auf, daß Du eine Adresse hast. In einem Land, in dem ein Drittel der Bürger eine Übersiedlung plant, durchführt oder gerade hinter sich hat, in einem Land, in dem die Übersiedlungsindustrie, „das moving business", die größten Profite abwirft, in einem solchen Land suchen die Leute keine Identität, sie suchen eine Adresse. Die Siedler, die vor hundertfünfzig Jahren in den Westen gezogen sind, waren nur auf der Suche nach einer Adresse, ihre Identität hatten sie hinter sich gelassen, in Europa, vor der Identität waren sie ja geflüchtet. Dieses Land besteht ja nur aus Emigranten oder ehemaligen Emigranten. Von den native americans einmal abgesehen, ist es das Land der Identitätsflüchtlinge. Die eingeborenen Amerikaner, die Indianer, um mit Ihren Worten zu sprechen, haben ja nicht wegen militärischer Unterlegenheit verloren, sondern aus Mitleid vor den Identitätsflüchtlingen.

Tritt: Das ist eine wahrhaft romantische Sichtweise des Völkermords.

Groll: Das ist die historische Wahrheit aus der Sicht eines österreichischen Identitätsflüchtlings.

Tritt: Die Unterscheidung von Identität und Adresse stammt nicht von den Amerikanern, sie stammt von den Juden, sie sind die größten Spezialisten auf diesem Gebiet. Ein Volk, das jahrhundertelang auf der Suche nach einer Adresse ist, weiß deren Wert besser zu schätzen als andere Völker, die sich etwas darauf zugute tun, hunderte Jahre am selben Ort zu siedeln.

Groll: Zugegeben. Juden reiten höchstens das Steckenpferd der persönlichen Identität, sie verlieren sich aber nicht im Rausch nationaler Überheblichkeit. Diesbezüglich sind sie den meisten Staatsvölkern um Epochen voraus. Die Juden haben wie die Schweizer die Phase der Identitätssuche schon lange überwunden.

Tritt: Die Schweizer?

Groll: Selbstverständlich. Sie haben es nicht verdient, in einem Atemzug mit den Deutschen und Österreichern genannt zu werden, denn die Schweizer sind eine multiethnische Gesellschaft, die gelernt hat, den blindwütigen Todestrieb, nichts anderes steckt ja hinter dem Wunsch nach absoluter Identität, zu zügeln. Den Schweizern können Sie viel Scheinheiligkeit nachsagen, daß sie Identitätsfanatiker sind gehört aber nicht zu ihren Fehlern. Konträr verhält es sich allerdings mit den Österreichern, diese stehen in dieser Frage zwischen den Deutschen und den Schweizern; mit den Deutschen teilen sie die Illusion einer ethnisch reinen Gesellschaft, mit den Schweizern die Realität autochthoner Volksgruppen. Der ethnisch reine Österreicher ist eine lächerliche historische Anmaßung, denn mit Ausnahme einiger Bergbewohner, die von Lawinen und Eis an der Bewegung gehindert werden, haben die meisten Österreicher mehr mit vergilbten Kriegspostkarten aus dem ersten Weltkrieg gemein als mit selbstbewußten Citoyens.

Tritt: Im Haß gegen Restjugoslawien drückt sich nur der Wunsch aus –

Groll: Daß es den Serben genauso ergehen möge, wie dem deutschösterreichischen Superior, als die Hilfsvölker des Ostens sich auf die Suche nach einer nationalen Identität von Wien lossagten. Was die Monarchie damals umbrachte, darf den Kroaten, Slowenen etcetera nicht verwehrt werden.

Tritt: Es kann nicht abgestritten werden, daß das österreichische Nationalbewußtsein ein rassistisches Unterfutter aufweist.

Groll: Ich würde eher davon ausgehen,

daß es sich dabei um eine klassische Identitätsbeziehung handelt.

Tritt: Historisch betrachtet sind Randvölker besonders anfällig für irrationale Projektionen.

Groll: Östlich der Schweiz begreift sich jeder mitteleuropäische Landstrich, jede dort lebende Bevölkerung als Grenzmark gegenüber dem anderen, der immer als andersrassisch gedacht wird.

Tritt: So gesehen gibt es Mitteleuropa im Grunde gar nicht –

Groll: – sondern nur hunderte, zwischen Westeuropa und Osteuropa liegende Landstriche, deren Bevölkerung sich allesamt als Wehrgrenzer begreifen. Bollwerke gegen die Awaren, Hunnen, Magyaren und sonstige Asiaten; eiserne Zäune gegen die slawischen Horden; Quarantänegebiete gegen die Roma und die Türken. Die Serben, die jetzt im dritten Balkankrieg dieses Jahrhunderts verwickelt sind, begreifen sich als Retter des Abendlands vor dem Islam, wollen sich also ein zweitesmal von den Türken befreien und schaffen sich daher ihre Türken selber – die moslemischen Bosnier, die historisch aber eine östliche Filiale der westlichen Ketzer, der Katharer und Albigenser, sind. Und die Kroaten begreifen sich als Verteidiger der römischen Einheitskirche gegen beide. Vor Jahren noch hatten die Jugoslawen eine Adresse, jetzt kochen sie über vor Identität.

Tritt: Und alle wollen sie Europa vor dem anderen beschützen.

Groll: Mit den Bombardements der NATO versucht Europa nicht etwa eine Kriegspartei zurückzudrängen, weit gefehlt: Die Bombardements dienen einzig dazu, sich der aufdringlichen Ergebenheitserklärungen der Südslawen zu erwehren. Wer sich Europa an den Hals werfen will, kriegt es mit der NATO zu tun, und wer über keine Bomber verfügt, der erfindet den „Nachbar in Not", schickt hierorts überflüssige Nahrung, damit der Notleidende in seinem Notland verbleibt. Die Empfänger der Lebensmittelspenden sind aber keine Bettler, es handelt sich eher um Geschäftspartner: Spender und Adressat tauschen etwas Gleichwertiges – Konsumwaren gegen die Bestätigung überlegener nationaler Identität. Zwar optieren die meisten Österreicher für die kroatische, genauer: für die anti-serbische Seite; darunter liegt aber der Rassismus brach.

Tritt: Die da unten heißt es, fallen gegenseitig über einander her, einer ist schlimmer als der andere, ein blutrünstiges, ununterscheidbares Pack eben.

Groll: Am besten, man stopft alle zusammen in ein „Nachbar in Not-Paket" und delektiert sich daran, daß die ehemaligen Gastarbeiter jetzt jeden Abend im Fernsehen die historischen Revanchegelüste der Österreicher ausleben.

Tritt: Der Balkankrieg als Peepshow der Österreicher?

Groll: Der Eintritt eine Spende für „Nachbar in Not".

Tritt: Dabei ist in Jugoslawien nichts anderes passiert, als die über zwei Jahrzehnte erfolgende Steigerung des Unterschieds zum Gegensatz, des Gegensatzes zum offenen Widerspruch. Jedes Staatsvolk auf der Welt weist das Talent für diese Geisterbahnfahrt auf.

Groll: Wer eine Adresse hat, braucht keine Identität. Wer sich auf die Suche nach der Identität begibt, vertreibt als erstes Menschen von ihren Adressen, nichts anderes sind ja die „ethnischen Säuberungen". Die Ahnung, daß die Identität letztlich Verschiedenheit voraussetzt, drückt sich in der Gier nach Adressen aus: Groß-Serbien care/of Gorazde, Groß-Kroatien care/of Knin.

Tritt: Der Weg zur historischen Identität ist mit Leichen gepfastert.

Groll: Ein Staat, der auf Identitäten und nicht auf Adressen baut, ruht auf Leichen. Seine Fahne ist für alle Zeiten blutverschmiert, seine identitätsstiftenden Mahnmale sind Friedhöfe. Jugoslawien wurzelte in der Landschaft, den Plitvicer-Seen, den Kornaten, der Vojvodina. Die identitätssüchtigen Nachfolgestaaten hingegen wurzeln in Massengräbern.

Tritt: Das ist der Fluch der historischen Zyklen: In den Enkelgenerationen entscheiden sich die Schicksale von Revolutionen, sie werden national verschreint oder mutieren zu urängstlichen Obsessionen.

Groll: In den Enkelgenerationen werden aus Adressen Konkurrenzbeziehungen Gleichartiger um Wohnungen, Arbeitsplätze und öffentliche Aufmerksamkeit. Oder aus den Adressen werden Identitäten, die zuerst das allgemeine Verschwinden des Andersseins betreiben und dann, falls ihnen niemand in den Arm fällt, zur Säuberung übergehen.

Tritt (leise): So ist es die leere Identität, an welcher diejenigen festhangen bleiben, welche sie als solche für etwas Wahres nehmen und immer vorzubringen pflegen, die Identität sei nicht die Verschiedenheit, sondern die Identität und die Verschiedenheit seien verschieden. Sie sehen nicht, daß sie schon hierin selbst sagen, daß die Identität ein Verschiedenes ist; denn sie sagen, die Identität sei verschieden von der Verschiedenheit; indem dies zugleich als die Natur der Identität zugegeben werden muß, so liegt darin, daß die Identität nicht äußerlich, sondern an ihr selbst, in ihrer Natur dies sei, verschieden zu sein.

Groll: Ein kluger Satz. Er ist nicht von Ihnen?

Tritt: Danke.

Groll: Ich meine, die Sprache ist nicht die Ihre, es klingt wie ein Satz aus dem vorigen Jahrhundert.

Tritt: So ist es, er ist von Hegel.

Groll: Kompliment.

Tritt: Warum? Ich sagte doch, der Satz ist nicht von mir.

Groll: Aber Sie haben sich ihn gemerkt.

"Frauenpolitik muß weitergehen. Wir dürfen jetzt nicht aufhören, zu arbeiten. Die Demontage des Erreichten, die Verunglimpfung der Aktivitäten und Initiativen feministischer Frauen müssen wir gemeinsam verhindern."

Frauenministerin Dr. Helga Konrad

Impressum

domino
Nachrichtenmagazin für gehinderte Menschen

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger und Redaktionsadresse:
domino – Verein für gehinderte Menschen
Mozartstraße 11/8, A - 4020 Linz
Tel./Fax 0732 / 77 55 75
Internet: domino@magnet.at

Verantwortlicher Redakteur:
Andreas Oechsner

Redaktion:
Martin Ladstätter, Mag. Petra Flieger

Sekretariat:
Michaela Ganglberger

frei MitarbeiterInnen:
Rasso Bruckert, Ursula Eggli, Horst Frehe, H.-Günter Heiden, Dr. Franz-Joseph Huainigg, Mag. Silvia Oechsner, Corinna Lichtenberg, Dr. Erwin Riess, Dr. Volker Schönwiese

Cartoons: Andreas Scharang

Layout: Harry Schmadlbauer

Druck: Gutenberg-Werbering, Linz

Auflage: 10.000

Anzeigen erscheinen unter der Verantwortung der Auftraggeber

Abo und Vertrieb: Marion Rinnerberger,
A - 4592 Leonstein 170, Tel.: 07584 / 3488

Jahresabo S 120,- (DM 18,-)
Einzelheft S 40,- (DM 6,-)

Bankverbindung: Oberbank, Linz BLZ: 15000,
Kontonummer: 711-2205/25

domino erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember

Anzeigenschluß: jeweils vier Wochen vor Erscheinen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Nachdruck nur mit Genehmigung gestattet.

§ 25 Mediengesetz Blattlinie: Berichterstattung über behindertenpolitische Themen im In- und Ausland

SOZIAL TELEFON

0660/6785

zum Ortstarif
aus ganz Österreich

71100/5493

innerhalb von Wien
von 8 bis 17 Uhr

DER BÜRGERSERVICE
DES SOZIALMINISTERIUMS

Verlagspostamt: 4010 P.b.b.
DVR: 0756024